

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: ...

Anzeigenpreis: ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 10. April 1920. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Das isolierte Frankreich.

Ministerrat in Paris.

Paris, 9. April. Heute vormittag fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Millerand statt.

Nervosität der Pariser Presse.

Berlin, 9. April. „Journal des Debats“ schreibt: Erklären wir dem Reichskanzler, daß, wenn er sich, ohne den Vertrag von Versailles zu verletzen, nicht imstande fühlt, in der verbotenen Zone die Ordnung wiederherzustellen, die Alliierten das selbst besorgen würden.

Paris, 9. April. Ferning im „Echo de Paris“ wendet sich sehr scharf gegen Lloyd George. Er sagt: Dieser Lloyd George, der gestern noch einmal sich als den Mann erwies, den wir im Juli, August und September 1914 kannten, ist der Politiker ohne Urteil, der selbst am Tage des serbischen Ultimatum die europäische Abrüstung voraussetzte.

Frankfurt a. M., 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der amerikanische General Allen und Herr Titard, der Vorsitzende der Rheinlandkommission in Koblenz, besuchten gestern in Mainz General Degoutte.

Das große Abrücken.

Amsterdam, 9. April. Ein besonderer Berichterstatter der „Daily News“ erfährt, daß der schon seit Beginn der Friedenskonferenz gehegte Wunsch der von Hoch geführten französischen Militärpartei, einen größeren Teil des deutschen Gebietes zu besetzen, auf einer der letzten Sitzungen des Obersten Rates wieder vorgebracht worden, jedoch am Widerstande Englands und Italiens gescheitert sei.

New York, 9. April. Associated Press vernimmt von ermächtigter Seite in London, daß Großbritannien, Italien, Belgien und die Vereinigten Staaten gegen das Einrücken französischer Truppen in die neutrale Zone wären und daß Frankreich in dieser Sache ganz auf eigene Verantwortung hin gehandelt habe.

London, 8. April. (Neuer.) Die englische Regierung hat den französischen Vizepräsidenten Cambon benachrichtigt, daß sie die Frage der Intervention in Deutschland anders beurteile als die französische Regierung.

Aus Paris erfährt das holländische Reuters Büro: Allgemein sei man in Paris der Überzeugung, daß das Kabinett Millerand sich wenigstens der wünschenswerten Neutralität Englands versichert habe, bevor es seine Aktion gegen Frankfurt begann.

Ergebnisse.

Von Friedrich Stampfer.

Am 9. November 1918 waren es eigentlich nur wenige vorausschauende Köpfe, die begriffen, daß Deutschland fortan nur als demokratische Republik zu leben imstande ist.

Dieselben Leute, die im Januar 1919 mit Maschinengewehren vor der Reichskanzlei die deutsche Sowjetrepublik ertrugen wollten, erklären jetzt in taktischem Rückzuggeleite, daß Deutschland für die Höhe der russischen Volkkommenheit noch nicht reif sei.

Die Unabhängigen, die auf dem Leipziger Parteitag mit ihren Zugeständnissen an den Kommunismus gar nicht weit genug gehen konnten, haben einen einigermaßen deutschen Trennungstrieb gegen links gezogen.

Trotzdem hört man noch immer den Ruf: „Die demokratische Republik ist in Gefahr!“ Zweifellos ist diese Gefahr auch noch vorhanden, man muß sie nur dort suchen, wo sie wirklich ist: z. B. in Pommern, in Ostpreußen, wo unbefriedigte reaktionäre Gewaltappetite zu neuen Verzweiflungstreffen rufen.

Man spricht von einer Nebenregierung der Gewerkschaften und beschuldigt die Sozialdemokratische Partei, daß sie diese Nebenregierung unterstütze.

Nie ist bestritten worden, daß in Deutschland nur eine Regierung möglich ist, die sich auf eine Mehrheit der gewählten Volksvertretung stützt.

Das Problem „Generalstreik gegen Demokratie“ ist nie aktuell geworden. Die Gewerkschaften würden keinen Generalstreik gegen die Demokratie unternehmen.

Nun wäre es theoretisch sicher richtig gewesen, den politischen Generalstreik in dem Augenblick abzubrechen, in dem er die beabsichtigte Schlußwirkung erzielt hätte.

Man darf doch bei allen Betrachtungen nicht übersehen, daß durch den Rapp-Butsch die Grundlagen der Demokratie in Erschütterung geraten sind.

In einigen Wochen wird das deutsche Volk einen neuen Reichstag wählen. Das Gesetz über den Volksentscheid soll verabschiedet und dem Volke sein verfassungsmäßiges Recht, direkt die Gesetzgebung zu bestimmen, in die

Amerikas Sonderfrieden.

ES erklärt den Krieg für beendet.

Washington, 8. April. (Neuer.) Der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses Campbell eröffnete im Repräsentantenhaus die Debatte über die gemeinsame Resolution, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird.

Die türkische Frage.

Amerika fordert Berücksichtigung Deutschlands.

Nach einem „Times“-Telegramm vom 8. April aus Washington hat Präsident Wilson dem Senat den Bericht der unter General Harbord nach Armenien entsandten Kommission übermittelt.

Daß Präsident Wilson eine Regelung der türkischen Frage ohne Wahrung der Lebensinteressen Rußlands und ohne dessen Zustimmung und Mitwirkung für unmöglich hält, hat er erst in seiner jüngsten Rede vom 24. März besonders scharf betont.

Polnisch-russische Friedensverhandlungen.

Ohne Waffenstillstand?

Warschau, 9. April. Tschiricherin hat unter dem 30. März an den polnischen Minister des Aeußeren, Patel, einen Funkpruch geschickt, daß die russische Sowjetregierung bereit sei, die Friedensverhandlungen mit Polen am 10. April aufzunehmen.

Die Generale der russischen Freiwilligen-Armee haben General Wrangel zu ihrem Oberhaupt gewählt.

Der italienische Generalstreik ist nach einer Meldung des „Avanti“ aus Bologna vollständig beigelegt.

Hände gegeben werden. Die deutsche Demokratie, deren Gesicht uns aus der Nationalversammlung schon ein wenig berranzelt entgegenblickt, taucht damit in ihren Jungbrunnen unter, aus dem sie erneuert und gekräftigt emporsteigen soll. Gegen die unzweideutige Manifestation des Volkswillens kommt kein Eigeninn der Mitglieder auf. Und — im Gegenzug zum Januar 1919 — ist auch keine Bewegung in der Gegend, die die Wahlen gewaltsam zu verhindern, die gewählte Versammlung mit Maschinengewehren auseinanderzujagen droht.

Das Ergebnis der Entwicklung in den letzten vierzehn Monaten ist also trotz alledem Festigung der demokratischen Republik. Die demokratische Republik ist nicht identisch mit einer bestimmten Regierung und einer bestimmten Parteikonstellation, sie ist noch nicht in Gefahr, wenn ein paar Minister stürzen oder wenn eine Partei ihren Einfluß bedroht sieht. Die Parteien können sich den Einfluß, der ihnen gebührt, im Kampfe wiedererobern, sie müssen nur wissen, daß es keinen Boden mehr gibt, auf dem sie kämpfen können, als den der Demokratie. Und sie werden nur dann dauernden Erfolg an ihre Forderungen stellen, wenn sie begreifen, daß die Bewegung der arbeitenden Massen nach einer Erneuerung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung unwiderstehlich ist, daß sie Bögern mit sich fortziehen, Widerstreben unter sich begraben wird.

Der Geist des Rechts steht im Kampfe gegen den Geist der Gewalt in der innern wie in der äußern Politik. Und je deutlicher sich Deutschland zu dem Geiste des Rechts, der inneren Demokratie wie der Völkerdemokratie bekennt, desto eher wird es aus seiner gegenwärtigen Erniedrigung emporsteigen. Die Ereignisse der letzten Tage ermutigen uns in der Hoffnung, daß ein waffenloses Volk, das sein Recht vertritt, stärker sein kann als ein bewaffnetes, das dem Phantom einer grenzenlosen Machtpolitik nachjagt.

Der Weg, den die deutsche Sozialdemokratie in den Wirren der letzten Zeit eingeschlagen hat, ist hart, mühevoll, gefährlich. Was macht's? Er ist doch der richtige, und wir wollen ihn entschlossen weitergehen!

Das schlechte Gewissen.

Deutschnationale und Rapp-Putsch.

Ihr schlechtes Gewissen veranlaßt die Deutschnationale Partei, am Freitag in der Berliner Innenstadt durch Abwurf von Automobilen und Wagen in Massen ein Flugblatt zu verteilen, das mit den gewohnten fadenstechnischen Argumenten die Beteiligung der Deutschnationalen am Rapp-Putsch leugnet.

Die Widersprüche des Flugblattes richten sich selber. So behauptet das Flugblatt, die Deutschnationale Volkspartei habe sofort am Tage nach dem Putsch erklärt, daß ihre „verfassungstreue Haltung“ keine Veränderung erfordere, sie habe unverzügliche Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände gefordert.

Wenn das wahr wäre, dann hätte die Deutschnationale Volkspartei doch zunächst mit größter Entschiedenheit den Rücktritt der lediglich auf die Bajonette gestützten Hauptartener Rapp und Lüttich und die Zurückziehung der Truppen aus Berlin verlangen müssen, durch die die Verfassung vergewaltigt wurde. Davon ist aber nichts geschehen. Im Gegenteil, das Flugblatt muß selbst gestehen, daß sich die Deutschnationale Partei den Rapp und Lüttich gegenüber zur Mitarbeit bereit erklärt hat. Damit fällt der ganze Schwindel von deutschnationaler Verfassungstreue ohne weiteres in nichts zusammen.

Schließlich läßt sich auch nicht leugnen, was jeder Mann in Berlin mit sehenden Augen am 13. März 1920 beobachten konnte: Wie nämlich alle irgendwie als Deutschnationale bekannten Leute strahlten, sich vor Siegershochmut blähten und gegenseitig beglückwünschten. Wo kamen denn die vielen Straßenredner für Rapp und Lüttich her?

Es waren die Agitatoren der Deutschnationalen. Waren am 13. März die Gesichter sämtlicher Deutschnationalen fotografiert worden, so würden sie selbst jeden Versuch des Leugnens einstecken.

Die Ereignisse in Kassel.

Zu unserem Artikel in der Donnerstagmorgen-Ausgabe ersucht uns das Reichswehrministerium um Aufnahme folgender Entgegnung:

Auf das auch feinerzeit im „Vorwärts“ (Nr. 164 von 29. 3.) veröffentlichte Telegramm des Reichsmilitärkommissars Grefsing hat der Reichswehrminister auf Anordnung des Herrn Reichspräsidenten sofort einen Offizier des Stabes des Reichswehr-Gruppenkommandos 2 (Major von Inruh) mit dokumentarischen Unterlagen zum Vortrag nach Berlin befohlen. Nach dem Inhalt des erwähnten Telegramms (vom 27. 3.) beschäftigte sich die Beschwerde des Reichsmilitärkommissars mit der verschiedenen Auffassung des Reichswehr-Gruppenkommandos 2 einerseits und der Reichswehrbrigade 11 andererseits über das militärische Eingreifen in Thüringen.

Der eingehende Vortrag, der dem Herrn Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister gehalten wurde, sowie die anschließende Erörterung, ergaben als Resultat, daß die Ansicht des Reichswehr-Gruppenkommandos 2 die richtige gewesen ist. Daraufhin wurde am 3. 4. 20 das in Ihrer heutigen Morgenausgabe (dort aber ohne Datum) wiedergegebene Telegramm, unterzeichnet vom Herrn Reichspräsidenten und dem Reichswehrminister, an den Reichskommissar abgeleitet. Irgendwelche sonstigen Vorwürfe, als die in dem zuerst erwähnten Telegramm vom 27. 3. 20 enthaltenen, waren gegen die Generale v. Schoeler und v. Lohberg bis zum 3. 4. 20 nicht erhoben worden und waren auch sonst beim Reichswehrminister nicht bekannt.

Der Reichsmilitärkommissar Grefsing ist erst wieder am 6. 4. 20 beim Reichswehrminister erschienen, um ihm eine Anzahl weiterer Belastungsmomente über die Haltung der genannten Generale zur Zeit des Rapp-Putsches zu unterbreiten; Belastungsmomente, die bisher keiner militärischen Dienststelle bekannt waren.

Der Reichswehrminister hat das ihm übergebene Material sofort an die für die Bearbeitung derartiger Fälle jetzt zuständige Zivilbehörde weitergegeben.

Ein Eingreifen in den Gang der inzwischen begonnenen Untersuchung ist ebensowenig möglich, wie die Nachprüfung der in Ihrem heutigen Blatt gegen die genannten Generale erhobenen schweren Beschuldigungen, von denen, wie nochmals ausdrücklich betont werden möge, der Reichskommissar Grefsing erst am 8. 4. 20 dem Reichswehrminister Mitteilung machte, obwohl der Zeitpunkt der unterstellten Handlungen inzwischen mehr als 8 Wochen zurücklag.

Hierzu haben wir zu bemerken: Uns erscheint auch noch jetzt in der Frage des militärischen Eingreifens in Thüringen der Standpunkt der Reichswehrbrigade 11 als der richtige. Die Muttat von Wechtersheim (Ermordung von 15 friedlichen Einwohnern durch studentische Zeitfreiwillige) spricht nicht gerade für die Auffassung des Reichswehr-Gruppenkommandos 11.

Bezüglich der Generale v. Schoeler und v. Lohberg fragen wir: Würde die alte wilhelminische Regierung zwei Generale, gegen die sich auch nur der zehnte Teil der vorliegenden Verdachtsmomente angehäuft hätte, daß sie nämlich im Augenblick eines Putsches gegen die Regierung Stellung ergriffen hätten, auch nur einen Tag in ihrer Dienststellung belassen haben? Würde das alte Regiment so stark begründete Vorwürfe einer wochenlangen Untersuchung unterzogen haben, um sich erst nach deren Ergebnis zu einer Tat zu entscheiden? Wir glauben: Das alte Regiment hätte zwei so stark verdächtige Generale zu unäufwendig und dann vom Ausgang der Untersuchung die Frage abhängig gemacht, ob sie wieder eingestellt werden.

Militär muß unter Zivilbefehl!

Das Volk will Taten sehen.

Hamburg, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In einer Versammlung der sozialdemokratischen Parteifunktionäre und Vertrauensleute Groß-Hamburgs rechteiliger Genosse Henke, der Hamburger Polizeikommissar ist, seine Forderungen. Er verlangte, daß in Zukunft nicht nur den Militärbefehlshabern, sondern auch den Polizeibehörden beigeordnet werden müssen, sondern die Regierung auch dafür sorgen müsse, daß bei Verhängung des Ausnahme- oder Belagerungszustandes die Handhabung einem Vertrauensmann der Redlichkeit der Bevölkerung übertragen wird, dem das Militär zu unterstellen ist. Diese Forderung fand lebhaften Beifall.

Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der gefordert wird, daß in den bisher getroffenen Maßnahmen der neuen Regierung eine ausreichende Sühne für das Vorkommnis und eine genügende Sicherung nicht erblickt werden kann. Die Versammlung schloß sich den Forderungen des Gewerkschaftsbundes an und betonte, daß das beste Agitationsmittel der Republik und der Demokratie für den zukünftigen Wahlkampf Taten der Regierung sein würden.

Das Verlangen des Genossen Henke wird erfüllt. Wolff meldet:

Der Reichswehrminister geht von der Überzeugung aus, daß die Militärbefehlshaber von politischen Gesandten nach Möglichkeit entlastet werden müssen. Diese Anschauung entspricht der vom Reichsminister des Innern seit längerer Zeit vertretenen Auffassung. Der Reichspräsident hat nunmehr auf Vorschlag der beiden Minister angeordnet, daß die Handhabung des Ausnahmezustandes überall da, wo nicht offener Aufstand herrscht, in die Hand der Zivilbehörden zu legen ist. Als Regierungskommissar sollen in Zukunft Personen tätig sein, die vom Minister des Innern ernannt werden, als solche werden in Preußen in der Regel die Oberpräsidenten, in den übrigen Ländern die von den Landesregierungen vorgezeichneten Personen eingesetzt werden. Auch die Tätigkeit der Regierungskommissare, die anlässlich des Rapp-Putsches mit der Wiederherstellung der Ordnung beauftragt waren, würde damit in der Mehrzahl der Fälle fortfallen. Durch die vorgesehene Regelung wird somit auch eine größere Einheitlichkeit bewirkt. Die entsprechenden Verfügungen werden für die einzelnen Länder und preussischen Provinzen sofort erlassen. Die Reichsregierung ist überzeugt, daß ihr Vorgehen zu einer wesentlichen Entlastung der politischen Lage beitragen wird. Da, wo eine völlige Verhinderung der Bevölkerung eingetreten sein wird, wird der Ausnahmezustand völlig beseitigt werden.

Die Auflösung der Einwohnerwehren.

Bayern will nicht.

Wie der „Bayerische Kurier“ hört, steht die bayerische Regierung auf dem Standpunkt, daß die Einwohnerwehren in Bayern nicht aufgelöst werden können. Dies ist der Reichsminister in Berlin mitgeteilt worden. Wenn Berlin auf die Auflösung der Einwohnerwehren und Abgabe der Waffen besteht, werde nichts anderes übrig bleiben, als daß man sich die Waffen holt. — Das steht dieser von den Militärs eingesetzten Regierung ähnlich. Aber ihr gehört auch noch immer der Demokrat Müller-Reiningen an.

Auf reaktionäre Treibereien

deutet auch folgende Münchener Meldung:

Der Ministerpräsident Dr. v. Kahr, der Kultusminister, der Landwirtschaftsminister und der Vertreter des Finanzministeriums sind nach Stuttgart gereist zur Besprechung über dringende Reichsangelegenheiten und zur Fühlungnahme mit den Regierungen von Württemberg, Baden, Hessen und Sachsen. Der bayerische Handelsminister hat sich gleichzeitig nach Berlin begeben. Der bayerische Handelsminister Hamm war Freitag beim Reichspräsidenten.

Soll die Postreihung beginnen? Die anderen Abdeutschen Regierungen werden kaum dafür zu haben sein.

Sechs Fragen über die Grippe.

Ärztliche Erfahrungen.

Die amtlichen Statistiken, die Meldungen der Presse und die erschütternden Todesanzeigen betreffen deutlich, einen wie schweren Verlauf auch die diesjährige Grippe-Epidemie vielerorts genommen hat. In manchen Städten scheint die Erkrankungsrate zu sinken, in anderen steigt sie an. Um den Ärzten bei der Fürsorge für ihre Schutzbesetzten Maßnahmen in dem Bereich der Meinungen über die richtigen Mittel und Wege zu geben, hat Geh. Rat Prof. Schmalz, der Leiter der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“, bei einer großen Zahl deutscher Kliniken, vor allem bei den Direktoren der Universitätskliniken und Krankenhäuser eine Umfrage über Therapie und Prophylaxe der Krankheit veranstaltet. Er stellt die Antworten im neuesten Heft seiner Zeitschrift zusammen. Die sechs Fragen, die Geh. Rat Schmalz stellte, lauten:

1. Findet eine Verbreitung der Grippe durch Kontakt-Infektion von Mensch zu Mensch statt? 2. Welche Maßnahmen erscheinen geeignet, die Verbreitung der Grippe zu hindern? 3. Sind interne Mittel, namentlich Chinin und seine Derivate imstande, prophylaktisch zu wirken? 4. Können interne Mittel, namentlich Eukalyptin und Optochin, den Eintritt von Pneumonie (Lungenentzündung) verhindern? Haben Sie Störungen nach Eukalyptin und Optochin gesehen? 5. Beeinflussen interne Mittel und das Grippe-Serum den Verlauf der Pneumonie und der Infektion überbaubar? 6. Ist die Anwendung von Herzmitteln (insbesondere Digitalis, Aconitin, Kampfer) schon im Beginn jeder schweren Influenza-Affektion, namentlich einer Pneumonie, angezeigt?

Aus dem Inhalt der eingehenden Antworten geben wir einige Stellen wieder, die über den Kreis der Ärzte hinaus für die Öffentlichkeit von Interesse sind, vor allem diejenigen, aus denen die Mahnung zur Vorsicht durchleuchtet:

In der Beantwortung der ersten Frage besteht unter den Klinikern nahezu völlige Einigkeit. Mit größter Bestimmtheit haben sich die meisten, etwas minder bestimmt nur einige, dahin ausgesprochen, daß die Grippe sich durch Übertragung von Mensch zu Mensch verbreitet. Wiederholt werden als Beweis dafür die im Krankenhaus bei Ärzten und Pflegepersonal gewonnenen Erfahrungen ins Feld geführt. Im Städtischen Pflegehaus zu Düsseldorf herrscht die Infektion von Saal zu Saal weiter. Fälle von Influenza, die in einem bisher nicht infizierten Krankensaal aufgenommen wurden, verbreiteten die Infektion bei seinen Insassen. Die Tröpfchen-Infektion spielt bei der Übertragung die wesentliche Rolle. O. Müller (Tübingen) ist freilich der Meinung, daß es sich bei der Kontakt-Infektion nicht um den einzigen Modus der Übertragung handelt. Die Empfänglichkeit für die Infektion ist verschieden.

Auch in der Beantwortung der zweiten Frage erscheint, entsprechend der Auffassung über den Modus der Krankheitsverbreitung, nahezu völlige Übereinstimmung. Die meisten Kliniker sind der

Meinung, daß die einzige Möglichkeit, den Fortschritt der Epidemie zu verhindern, in dem Schutz der Gesunden gegen Ansteckung durch die Kranken, insbesondere bei größeren Menschenansammlungen, besteht. Die Erkrankten seien möglichst zu isolieren, auch die leichtesten Fälle seien in ihren Wohnungen, noch besser im Bett zu halten, alle größeren Menschenansammlungen sind zu verbieten, der Besuch von Versammlungen, Theatern, Konzerten usw. ist zu vermeiden. Freilich betonen (mit Recht) manche gleichzeitig, daß diese Maßnahmen im Verhältnis zu dem erzielbaren Erfolg viel zu einschneidend oder sogar sozial unmöglich erscheinen, zumal da durch den nicht zu hemmenden Verkehr (Eisenbahn, Straßenbahnwagen) die Krankheit doch verschleppt würde, allenfalls in einem langsameren Tempo. Für den einzelnen in der Familie wird noch Desinfektion der Wäsche, des Auswurfes, der Eßgeschirre empfohlen. De la Camp empfiehlt, gefährdeten Personen, insbesondere Ärzten und Pflegepersonal auf Geistesstationen, sorgfältige Mund- und Nasenpflege (Gurgeln mit Wasserstoffsuperoxyd oder dünner Lösung von übermangansaurem Kali), daneben sorgfältige Allgemeinhygiene und Diätetik.

Entgegen den günstigen Urteilen nicht weniger interner Mediziner und Praktiker äußern sich die meisten Kliniker leider dahin, daß nach ihren Erfahrungen innere Mittel nicht geeignet sind, die Infektion zu verhindern.

In Bezug auf die Beantwortung der 4. und 5. Frage sind die Meinungen geteilt. Es überwiegt die Ansicht, daß die Pneumonie durch Darreichung innerer Mittel nicht verhindert werde. Nicht viel anders lauten die Urteile über den Einfluß von Chinin auf den Verlauf der Krankheit, und auch in der Beurteilung des Wertes der Herzmittel schwanken die Ansichten der Autoren.

Mag Reinhardt's Dohrjagd beginnt, wie nunmehr als feststehend vermerkt wird, zu Beginn der nächsten Spielzeit. Geritten wird sie mit den Leistungen der Zirbus-Theaterregie — „Mirakel“, „Orkide“ u. a. — und zu den Zählern werden die amerikanischen Filmproduzenten gehören, die also mit dieser Waisensituation konfrontiert, was sehr bezeichnend ist, eine gute Strecke für sich erhoffen. Peruginer wird gesagt, Reinhardt lehre zurück. Aber immerhin, sein Berliner Feld wird er „für längere Zeit“ verlassen. In welcher Zeit sich zeigen wird, daß die Berliner Theaterkunst auch ohne Reinhardt guter Wege fähig ist.

Georg Schänemann, der bekannte Berliner Musikkritiker und Schriftsteller, hat einen Ruf als Ordinarius für Musikgeschichte nach Heidelberg erhalten. Schänemann ist einer der besten und bekanntesten Musikhistoriker der jungen Generation. Er war Schüler von Kreisler und Friedländer, aber auch in praktischen Musikdingen wurde er ausgebildet bei Stille, Pflüger u. a. Seine bedeutendsten musikhistorischen Arbeiten sind: die Geschichte des Dirigierens, die Biographie des Händelburger Bach und das Lied der deutschen Kolonisten in Russland. Erst vor kurzem ist Schänemann, der 36 Jahre alt ist, zum administrativen Direktor der Musikhochschule ernannt worden. Es wäre zu wünschen, daß man den verdienten Mann, der ein Berliner Kind und mit den Berliner Musik-

verhältnissen außerordentlich gut vertraut ist, auch hier zu halten versucht. Das wäre vielleicht dadurch möglich, daß man ihm ein Extraordinariat an der Universität verleihe.

Die Schulkunde des Raubvogels. Der Ornithologe Bernhard Hoffmann konnte im waldeichen Serrogis bei Rostock den interessanten Fall beobachten, wie ein junger Raubvogel in der Erziehung der Beute von einem alten Vogel unterrichtet wurde. Hoffmann sah, so erzählt er in der „Ornithologischen Monatschrift“, einen alten und einen jungen Fuffard in ziemlicher Höhe über dem Walde kreisen; nach einiger Zeit stieß der alte Vogel plötzlich ab, während das junge Tier weiter seine Kreise zog. Nach Verlauf von ungefähr einer halben Stunde kehrte der alte Vogel mit Futter zurück. Er holte die Beute (Hoffmann hielt sie für ein schlangentartiges Reptil) in den Fängen, aus denen sie lang herabhängte. Sofort flog der junge Vogel dem alten entgegen und bettete in kläglichem Tonen um das Futter, das ihm aber verweigert wurde. Es kam zu verschiedenen, zum Teil sehr lebhaften Kämpfen, aber nach jedem hielt der alte Vogel immer noch fest die Beute in seinen Fängen. Endlich ließ er die Beute plötzlich los, die sofort zur Erde herabsiel. In demselben Augenblick stürzte der junge Vogel der Beute nach und suchte sie nach einzelnen Sturzflügen, die ein außerordentlich schönes Bild boten, zu erfassen. Nach drei vergeblichen Versuchen gelang dies beim vierten Sturze, worauf der junge Vogel sich mit seiner Beute in den Wald begeben, um sie dort zu verzehren. Die Scene des Unterrichts im Beutefangen wiederholte sich dreimal in kurzen Zwischenräumen.

Uraufführung in Heildron. Wie aus Heildron geschrieben wird, hatte dort das Drama „Opfer“ von Hans Franke bei der Uraufführung im Heildroner Stadttheater starken Erfolg. Es ist die Tragödie des Volkstums und Idealismus, der über die von ihm verkündeten Ideen hinauswächst und sich für sie opfert. Die Ideen der Menschheitsverehrung finden in dem Drama einen beherzten, vorerst noch mehr lyrischen als dramatisch zielbewußten Antwalt.

Die Zeitungsammlung Georg Schmalz, deren wertvolles Material auch viele alte und verbotene sozialistische Drucke aufweist, wird fortan dem Berliner Seminar für Zeitungskunde und Zeitungsgeschichte gehören.

Die beste Arbeit über Kinderheilkunde hat dem Oberarzt Dr. Arno Hipp, der am August-Bildungs-Haus tätig ist, den Deubner-Preis eingebracht. Hipp, der aus Heildron stammt, sucht auf dem Gebiet der frühgeborenen und neugeborenen Kinder.

Der Berliner Lehrer-Gesangsverein (Chemiker Professor Quao) gibt sein am 21. März angekündigtes Konzert am Sonntag, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, im Verboven-Saal.

Die Sommerpietät beginnt in Thalia-Theater am 15. April unter Leitung von Feig Reinhardt mit der Operette „Amor auf Reisen“ von Weder, Mühl von Walter Gorpz.

Ein Bildnis Heinrich Heines, das 1836 von Francois Lehmann nach dem Leben gemalt worden ist, kommt bei dem Berliner Kunsthändler Herrick demnächst zur Versteigerung.

Weitere Raben gibt es auch auf dem Felde, wo die Theaterfinanznot greift. So wird aus Baden-Baden berichtet, daß das Städtische Theater, das Dr. Wang leitet, dem vor Jahresfrist bewilligten habsburgischen Zuschuß von 340 000 M. bei guten Leistungen nicht einmal zu zwei Dritteln beansprucht hat.

England und die Internationale.

Ein Brief an Camille Huysmans.

Von Artur Henderson.

Vorbemerkung der Redaktion. Es ist kein Wort in diesen überzeugenden Darlegungen, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht unterschreiben würde!

Zu meinem großen Bedauern bin ich von meiner jüngsten Krankheit noch nicht genügend wiederhergestellt, um das Risiko der Reise nach Rotterdam auf mich nehmen zu können. Mein Bedauern, der Konferenz des Aktionskomitees der Internationale nicht beizuhelfen zu können, ist um so größer, weil die Fragen, die zur Diskussion stehen, die Zukunft der Internationale unmittelbar berühren.

Die Aufgabe, die Arbeiter-Internationale wieder aufzubauen, wurde in Bern einer Permanenten Kommission anvertraut, deren Einsetzung die einstimmige Zustimmung aller vertretenen Parteien fand. Die Kommission begann ihre Arbeit mit dem ausdrücklichen Wunsch, den Interessen der internationalen Arbeiterbewegung zu dienen, und sie hat sich bemüht, den ihr auferlegten Verpflichtungen loyal nachzukommen. Wir gingen von dem Grundsatz aus, daß die neue sozialistische und Arbeiter-Internationale das Werk eines allgemeinen Kongresses sein müsse, von dem keine proletarische Organisation — sozialistische, gewerkschaftliche oder genossenschaftliche Organisation —, die mit anderen allgemeinen Auffassungen übereinstimmt, ausgeschlossen wäre, es sei denn, daß sie sich selber ausschließen möchte.

Allein die Bemühungen der Permanenten Kommission werden aufs ernste gehemmt von verschiedenen Sektionen der organisierten Bewegung in verschiedenen Ländern, die dasselbe Ziel zu erstreben behaupten, aber auf Grund eines vollständig entgegengesetzten Prinzips. Die neuen Reorganisationsmittelpunkte, die sich ungedacht des der Permanenten Kommission gegebenen Mandats gebildet haben, gründen ihre Bemühungen nicht auf das Prinzip der fundamentalen Solidarität der Arbeiterklasse, sondern auf eine im voraus vorhandene Identität der Auffassung und der Aktion, die sie bei den zusammenwirkenden Gruppen als bestehend voraussetzen. Das ist eher ein Grund für die Ausschließung als der Zusammenfassung. Er setzt Differenzen voraus sowohl in bezug auf die Theorie als auf die Taktik, er unterstreicht und vergrößert diese Differenzen und treibt den Separatismus bis zur Einberufung von Konferenzen, von denen Sektionen der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern ostentativ ausgeschlossen werden.

Würde dieser Grundsatz bis zu seinem logischen Schluß durchgeführt, dann gäbe es so viele Arbeiter-Internationales, als es separate und abweichende Tendenzen und entgegengesetzte taktische Auffassungen innerhalb jeder nationalen Bewegung gibt. Würde eine vollständige Identität der Auffassung und Aktion für alle Parteien, ohne Rücksicht auf ihre nationalen Traditionen und auf den Charakter ihrer ökonomischen und politischen Institutionen, zur Bedingung des internationalen Wiederaufbaus gemacht, dann bräuheten wir nicht nur eine zweite und eine dritte, sondern eine vierte und selbst eine fünfte Internationale.

Eine derartige Schlussfolgerung würde zu der gänzlichen Verneinung des Gedankens der internationalen Vereinigung führen. Die Schöpfung einer Internationale würde der Welt die Existenz eines einzigen proletarischen Klassenswillens veranschaulichen, der, indem er den weitmöglichen Spielraum in bezug auf Methoden gewährt, allein den schließlichen Triumph unserer Sache sichern kann. Dagegen würde die Errichtung mehrerer Internationalen die Arbeiterbewegung zum Gegenstand des Spottes machen und zur Ohnmacht verurteilen.

Die britische Arbeiterpartei hält sich auch jetzt noch bereit, mit den sozialistischen und Arbeiterparteien anderer Länder

zusammenzuarbeiten zum Wiederaufbau der Internationale auf der Grundlage der Freiheit der Taktik, gegenseitiger Toleranz und Gedankenfreiheit; wir sind der Ansicht, daß der dadurch ermöglichte Austausch von Erfahrungen und Wissen, wohlüberlegte Aktionen in Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse und häufigen Konferenzen über Fragen, die das internationale Proletariat berühren, sowie die Inspiration, die jede nationale Bewegung aus den Erfolgen der anderen schöpfen wird, uns allen bei der schweren und mühevollen Aufgabe helfen wird, den Hand- und Kopparbeitern die volle Frucht ihres Fleißes und die gerechteste Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auf der Grundlage des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln zu sichern, sowie das beste erreichbare System der Verwaltung und der Kontrolle der Industrie durch das Volk.

Die britische Arbeiterpartei ist keine Anhängerin der Diktatur als Aktionsprinzip, noch auch haben wir den Wunsch, sie als gleichbedeutend mit der Demokratie in unser Wörterbuch einzutragen. Demgemäß wünschen wir auch keinen Kompromiß mit den Anhängern dieser Doktrin dadurch herzustellen, daß wir ihre Phrasologie über Sowjets, Diktatur oder Revolution übernehmen, die für die verschiedenen Länder notwendig einen verschiedenen Sinn haben muß. Aber wir haben auch nicht vergessen, daß wir die Verpflichtung übernommen haben, das politische System des Sozialismus und die mit der Sozialisierung zusammenhängenden Probleme auf einem allgemeinen, auf allerbreitester Grundlage organisierten Kongress zu diskutieren; und wir haben nicht erwartet, daß irgendeine Sektion oder Partei, die die gleiche Verpflichtung übernommen hat, die Frage präjudizieren und sogar den Versuch machen würde, die Internationale auf Grundlage ihrer eigenen politischen und taktischen Auffassungen zu rekonstruieren.

Selbst wenn die britische Arbeiterpartei eingeladen würde, an einer Konferenz teilzunehmen, die von diesem Geist der Ausschließung und Unduldsamkeit beherrscht ist, könnten wir uns nicht dazu verstehen, sie zu beschiden. Wir können nicht zugeben, daß irgendeine Meinungsrichtung innerhalb der Internationale berechtigt ist, die Zulassungsbedingungen zu diktiert, noch auch können wir darin einwilligen, daß irgendeine Gruppe oder die anerkannten Führer irgendeiner Partei angeschlossen werden, ehe der Allgemeine Kongress selber die Zulassungsbedingungen und die mit der Mitgliedschaft der Internationale verbundenen Verpflichtungen festgesetzt hat. Nach der getroffenen Vereinbarung sollten die Parteien, die gegen andere Parteien Anklagen zu erheben wünschen, dazu in Genf die Gelegenheit haben, aber wir lehnen es ab, irgend jemand ungehört zu verdammen.

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß die europäische Reaktion die Uneinigkeit der Arbeiterbewegung zu ihrem Vorteil ausnützt. Ein wirksamer Widerstand gegen die konterrevolutionäre Bewegung, die in verschiedenen Formen in allen Ländern dem vielseitigen proletarischen Vormarsch entgegentritt, ist nur möglich, wenn die Arbeiterklasse einig und zu gemeinsamer Aktion organisiert ist.

Angeichts der gegenwärtigen Situation ist man geneigt zu fragen, ob die Internationale in der Tat ein Symbol des Ideals der internationalen proletarischen Klasseneinheit ist, die alle Sektionen einer jeden nationalen Bewegung zusammenführt, oder ob sie nicht vielmehr ein Zentrum geworden ist, von dem spaltende Einflüsse ausstrahlen, um die Solidarität der nationalen Bewegungen zu zerstören und Gruppe gegen Gruppe und Führer gegen Führer zu hegen. Sollte die letztere Auffassung, die Frucht der Unduldsamkeit und der Unkenntnis des Kräfteverhältnisses in anderen nationalen Bewegungen, wirklich den Charakter der Internationale bestimmen, dann wird mehr als eine nationale Partei sich genötigt sehen zu überlegen, ob sie sich nicht von dieser Duell von Schwäche anstatt von Kraft trennen soll.

Keine Partei würde dies tiefer bedauern als die britische Arbeiterpartei, die, treu den Verpflichtungen, die sie mit

anderen Parteien in Bern, Amsterdam und Luzern übernommen hat, bereit ist zu allen Bemühungen, die internationale Organisation der Arbeiterklasse auf einer dauernden Grundlage wiederherzustellen, in dem neuen, aus der Agonie des Krieges geborenen Geiste.

London, 17. März.

Die Frauen gegen die Reaktion.

Ist es wahr, daß die Frauen die feste Stütze der Reaktion sind? Die gestern in Berlin (im Kriegervereinshaus, Chausseestraße) veranstaltete, sehr gut besuchte sozialdemokratische Frauenschule hat bewiesen, daß in der Arbeiterbevölkerung auch die Frauen volles Verständnis für die Gefahr haben, die der Freiheit von rechts her droht. Die Ausführungen der Genossin Wilm-Schuch über: „Die politische Lage und die kommenden Wahlen“, wurden gerade da, wo sie von dem Kapp-Bittwischen Putsch und von der noch keineswegs beseitigten Möglichkeit einer Wiederholung sprach, und schärfstes Vorgehen forderte, durch lebhafteste Zustimmungsgestungen unterbrochen.

Die Rednerin zeigte, wie sehr die Arbeiter, die auch von unseren Genossinnen in der Regierung gemacht worden sind, ihre Ursache in der Uneinigkeit in der Arbeiterklasse haben. Der Putsch von rechts hat gelehrt, daß den Interessen der Arbeiterbevölkerung mit ihrer Uneinigkeit wahrhaftig nicht gedient ist. Aber auch das hat sich gezeigt, daß in der Gefahr die Arbeiterklasse erkannte, was auf dem Spiele stand. Einmütig erhob sie sich gegen die Reaktion, weil in uns allen das Bewußtsein lebte: „Wir haben eine Freiheit zu verlieren!“ Jetzt endlich sollten wir durch Schwaben Angst geworden sein und dafür sorgen, daß die Wahlen uns zur Durchführung einer sozialistischen Politik die notwendige sozialistische Mehrheit im Reichstag bringen. (Beifall.)

Durch Demokratie zum Sozialismus — aber auf alle Fälle zum Sozialismus!

Und das können wir nur durch die sozialistischen Parteien, nicht durch die bürgerlichen erreichen. Auch die Deutsch-Demokraten vertreten Interessen, die nicht die der Arbeitnehmer, auch nicht die der Beamten sind. An den acht Punkten der Gewerkschaften, diesem Manifest für die ganze Bewegung der Politik, stoßen sich die Deutsch-Demokraten. Die Koalition mit ihnen und dem in Kulturfragen reaktionären Zentrum hätte man uns ersparen sollen, denn in ihr ist kein Geis zu finden zu bringen, daß es uns zuzutun. Ganz anderes wäre zu schaffen, wenn bei der Gesetzgebung die Unabhängigen an einem Strang mit uns zögen. Aber bequemer ist es ihnen, in der Opposition zu bleiben, zu kritisieren, zu schimpfen. (Zustimmung.) Wir brauchen im Reichstag eine sozialistische Mehrheit, damit durchgreifende wirtschaftliche Reformen möglich werden. Dann können wir auch ganz anders sozialisieren. In den Wahlkampf wollen wir eintreten mit dem Willen, durch Demokratie zum Sozialismus zu gelangen. (Lebhafter Beifall.)

Auf eine Diskussion wurde verzichtet. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

„Die Wiederkehr des Putsches hat gezeigt, was die vereinten Kräfte des Proletariats zu schaffen vermögen. Sie müssen fortwirken in regierender und verwaltender Zusammenarbeit der Arbeiterklasse aller Nationen. Die Verantwortlichkeit für die Interessenvertretung der breiten Massen des Volkes lastet in der Regierung allein auf den Schultern unserer Genossen, von denen wir erwarten, daß sie den, durch den Putsch verneigten Schwereleistungen führende Tatkraft entspeichern. Wir Frauen, die wir unter den Folgen politischer Ereignisse am schwersten leiden, benötigen die wirtschaftspolitische Bestimmung, die sich bei der U.S.P. gegenüber dem Rätegedanken bemerkbar macht, und inwiefern davon die Lösung, daß die Gefahr der Gesetzgebung des wirtschaftlichen Aufbaus durch übertriebene Experimente überwunden ist. Im Vollbewußtsein unserer politischen Verantwortlichkeit bringen wir aber zum Ausdruck: Die Hochburgen der Reaktion in Regierung und Verwaltung kann die Arbeiterklasse nur mit vereinten Kräften von innen heraus sprengen. Nur wenn die gesamte Arbeiterklasse die volle Verantwortung in der Regierung gemeinsam trägt, kann sie sich gegen die Reaktion durchsetzen. Die Wahlen zum Reichstage müssen so ausfallen, daß keine Partei in Deutschland es mehr wagen kann, dem Willen der Volksmehrheit Gewalt entgegenzusetzen. Daher heißt es:

Alle Kräfte zusammenfassen im Kampf gegen die Reaktion, für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!“

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Wenn er nun nicht Jnger im Stalle noch leise mit der Kuh hätte reden hören, hätte er wahrlich seinen Augen nicht getraut, aber er hörte sie, und im selben Augenblick stieg ihm eine hohe Ahnung auf: Gimmell! Natürlich war sie eine ausgezeichnete, verteilte Frau, aber zuviel war zuviel. Spinnrod und Karätschen, das mochte hingehen, die Perlen waren bedenklich vornehm, aber auch die mochten hingehen. Aber eine Kuh, vielleicht auf einem Weg oder in einem Bauernacker gefunden, die von dem Besitzer vermisst wurde und nach der man forschen würde!

Jetzt trat Jnger wieder aus dem Stall und sagte stolz lächelnd: „Ich habe mir meine Kuh mitgebracht!“ — „So,“ erwiderte er. — „Es dauerte so lange, weil ich nicht raucher mit ihr übers Gebirge konnte; sie ist trüchtig.“ — „Sagst du eine Kuh mitgebracht?“ — „Ja,“ antwortete sie, und sie blähte sich förmlich auf vor lauter Reichtum dieser Welt. „Oder meinst du, ich lüge dich an?“ — „Nein,“ sagte sie. „Kuh fürchtete das Schlimmste, hielt sich aber im Baum und sagte nur: „Komm jetzt herein und ich etwas.“

„Sagst du die Kuh gesehen? Ist sie nicht schön?“ — „Brüchig. Woher hast du sie?“ — „Frage er so gleichgültig als er konnte. — „Sie heißt Goldhorn. Was willst du mit der Mauer, die du da aufgeführt hast? Du schindest dich noch zu Tode, ja das tust du. Ach komm und sieh dir die Kuh an!“

Sie gingen hinaus, Jnal war in Unterleiden, aber das tat nichts. Sie betrachteten die Kuh genau und von allen Seiten, den Kopf, das Futter, das Kreuz, die Lenden; rot und weiß auf gebaut.

Jnal sagte vorsichtig: „Für wie alt hältst du sie?“ — „Salten?“ — entgegnete Jnger. „Sie ist ganz genau, aufs Lippfeldchen genau im vierten Sommer. Ich hab' sie selbst aufgezogen, und alle sagten, es sei die beste Kuh, die sie von ihrer Kindheit an gesehen hätten. Was meinst du, haben wir Futter für sie?“

Jnal fing an, das zu glauben, was er gerne glauben wollte, und erklärte: „Was das Futter betrifft, so werden wir genug für sie haben.“

Dann gingen sie hinein und aßen und tranken und

gingen zur Ruhe. Aber sie redeten noch lange von der Kuh, von dem großen Ereignis. „Ja, aber ist es nicht eine schöne Kuh? Jetzt bekommt sie das zweite Kalb. Sie heißt Goldhorn. Schläfst du, Jnal?“ — „Nein.“ — „Und denk' dir, sie hat mich sofort wiedererkannt und ist mir gestern wie ein Vomm gefolgt. Wir haben eine Weile auf dem Gebirge ausgehört.“ — „So.“ — „Wir müssen sie aber den ganzen Sommer auf der Weide anbinden, sonst reißt sie aus, denn Kuh ist Kuh.“ — „Wo ist sie vorher gewesen?“ — fragte Jnal schließlich. — „Bei meinen Leuten, die haben sie verlor. Sie wollten sie nicht hergeben, und die Kinder weinten, als ich sie mitnahm.“

War es möglich, daß Jnger so herrlich lügen konnte? Sie sprach natürlich die Wahrheit, und die Kuh gehörte ihr. Nun wurde es großartig und behaglich auf dem Hofe, bald gab es nichts mehr, was noch mangelte! O diese Jnger, er liebte sie, und sie liebte ihn wieder, sie waren gemütsam, sie lebten im Zeitalter des Holzlöfzels und hatten es gut. Wir wollen schlafen! dachte sie. Und dann schliefen sie. Bei Morgenrot erwachten sie zum nächsten Tag; es gab wohl allerlei, mit dem man sich ablagern mußte, ja wohl, Kampf und Freude, wie das Leben eben ist.

Da waren nun zum Beispiel diese Balken. Sollte er versuchen, sie aufzulegen? Jnal hatte sich wohl umgesehen, als er im Dorje war, und sich die Bauart ausgedacht, er konnte eine Einfüge anschauen. Und mußte er es nicht durchaus tun? Jetzt waren Schafe auf den Hof gekommen, eine Kuh war gekommen, der Jnger waren es viele geworden und würden immer mehr werden, der Viehstand sprengte den einen Raum von der Gomme, er mußte einen Ausweg finden. Am besten war es, er fing gleich an, solange die Kartoffeln blühten und die Heuernte noch nicht begonnen hatte; Jnger mußte da und dort mit Hand anlegen.

In der Nacht erwachte Jnal und steht auf. Jnger schläft fest und tief schläft sie nach ihrer Wanderung. Er geht wieder in den Stall. Jetzt redet er die Kuh ja nicht so an, daß es in widersliche Schmeicheleien übergeht, aber er lächelt sie freundlich und untertucht sie auf neue nach allen Richtungen, ob sie nicht irgendein Merkmal, ein Zeichen von einem fremden Eigentümer habe. Aber er findet kein Zeichen und geht erleichtert fort.

Da liegt das Bauholz. Er fängt an, es auseinander zu rollen, es in einem Biered auf die Mauer zu heben, ein

großes Biered für die Stube und ein kleines Biered für die Kammer. Es war sehr mühsam und nahm ihn so in Anspruch, daß er darüber die Zeit vergaß. Jetzt rauchte es aus dem Dachloch der Gomme, Jnger trat heraus und meldete, das Frühstück sei fertig. „Und was hast du denn hier vor?“ — fragte sie. — „Bist du aufgestanden?“ — erwiderte Jnal.

Seht, dieser Jnal, er tat sehr geheimnisvoll, aber es gefiel ihm gut, daß sie fragte und neugierig war und ein Wesen aus seinem Vorhaben machte. Als er gegessen hatte, blieb er noch ziemlich lange in der Gomme sitzen, ehe er wieder hinausging. Worauf wartete er?

„Ei, ich bleibe hier sitzen!“ — sagte er schließlich und stand auf. „Und ich habe doch so viel zu tun!“ — sagte er. — „Baust du ein Haus?“ — fragte sie. „Kannst du nicht antworten?“ — Er antwortete aus Gnade, ja, er fühlte sich außerordentlich groß, weil er ein Haus baute und dem Ganzen vorstand, deshalb antwortete er: „Du siehst es doch wohl, daß ich baue.“ — „So, ja, ja.“ — „Kann ich denn anders?“ — sagte er. „Du kommst wahrscheinlich mit einer Kuh daher, und da muß ich doch einen Stall für sie haben.“

Arme Jnger, sie war nicht so unmenlich Angst wie er, wie Jnal, der Herr der Schöpfung. Und es war, ehe sie ihn kennen lernte, ehe sie seine Art zu sprechen verstand, daß sie sagte: „Aber du wirst doch nicht am Ende einen Stall bauen?“ — „So,“ sagte er. — „Du führst mich wohl an, dann wäre es viel besser, du bauest ein Haus.“ — „So, meinst du das?“ — erwiderte er und sah sie mit verstelltem Ausdrucksloser Miene an, ja, als ob ihm bei ihrer Frage erst ein Licht aufginge. — „Ja, dann können die Tiere die Gomme bekommen.“ — Er überlegte und sagte dann: „Ich glaube wirklich, so wird es am besten sein!“ — „Da siehst du,“ — sagte die stehende Jnger, „ich bin auch nicht so ganz auf den Kopf gefallen.“ — „Nein, und was meinst du zu einer Kammer neben der Stube?“ — „Eine Kammer? Dann wäre es bei uns wie bei anderen Leuten. Ja, wenn uns das widerfahren würde.“

Und es widerfuhr ihnen. Jnal baute und hieb Einfügen aus; er legte die Balken im Biered und zugleich mauerte er eine Feuerstelle aus dazu passenden Steinen; aber diese letzte Arbeit gelang ihm am wenigsten, und er war zu Zeiten recht unzufrieden mit sich. Als die Heuernte begann, muß er von seinem Bauwerk heruntersteigen, um weitem in den Salben das Gras zu mähen; danach trug er das Heu in ungeheuren Lasten nach Hause. (Fortf. folgt.)

Groß-Berlin

Die Berliner Elternbeiratswahlen.

Von 236 Gemeindeschulen liegen nunmehr die amtlichen Ergebnisse der Wahlen zu den Elternbeiräten vor. Es erzielten demnach:

S. P. D.	333 Mandate
U. S. P.	1131
„Unpolitische“	1526

Von 100 Gemeindeschulen und den höheren Lehranstalten haben die genauen Ergebnisse noch aus. In 6 Schulen müssen Neuwahlen stattfinden und gegen mehr als 60 Wahlen wurde Einspruch erhoben.

Major Kaupisch an die Sicherheitspolizei.

Am Freitagnachmittag fand in der Vordrucker, Jodenzstraße, eine Vollversammlung der Ortsgruppe Berlin des Wirtschaftsverbandes der Beamten der Sicherheitspolizei Deutschlands statt, zu der der größte Teil der dienstfreien Beamten erschienen war, unter ihnen zahlreiche Offiziere mit dem neuen Kommandeur, Major Kaupisch, an der Spitze. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache des 2. Vorsitzenden Hauptwachmeister Taplid, in der dieser unter dem lebhaftesten Beifall der Versammlung dem neuen Kommandanten das Vertrauen der Berliner Sicherheitspolizei aussprach, ergriff Major Kaupisch das Wort zu folgender Ansprache:

„Meine Herren! Ich danke dem Wirtschaftsverband für das mir dargebrachte Vertrauensvotum. Seien Sie überzeugt, daß ich mich bemühen werde, dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Ich kenne Ihre Wünsche nach Entlastung und Verbesserung, und ich werde mich für Sie einsetzen. Ich brauche nicht nur das Vertrauen der Beamten im Unteroffiziersrang, ich brauche auch das der Beamten im Offiziersrang. Ich bitte Sie um Ihre aller Richtigstellung. Die Sicherheitspolizei kommt mir vor, wie ein staltlicher Bau mit einer schönen Fassade, dessen Fundament aber in der letzten Zeit rissig geworden ist. Diese Risse müssen wir wieder beseitigen. Um einen etwas besseren Ausdruck zu wählen:

Die ganze Karre steckt im Dreck!

Ich stehe an der Deichsel. Greifen Sie alle in die Speichen des Wagens, damit wir zu unserem großen Ziel gelangen. Weg mit allen Sonderbestrebungen, mit aller Eigenliebe! Wir wollen eine große geschlossene Masse bilden. (Beifall.) Als ich auf diesen Posten berufen wurde, hatte ich mich auf schwere Arbeit gefaßt gemacht, ich hatte aber nicht geglaubt, daß sie so schwer ist. Ich will und werde diese Arbeit leisten.“

Hauptmann Staats, Vertreter des Degenerates für die Sicherheitspolizei im Ministerium des Innern, gab eine neue Verfügung bekannt, nach welcher zur Anbahnung eines besseren Verkehrs zwischen den Beamten der Sicherheitspolizei und dem Ministerium eine Unterabteilung im Ministerium des Innern errichtet wird, welche die Verbandsangelegenheiten und die Wünsche der Vertrauensleute der Sicherheitspolizei zu bearbeiten hat. Hauptmann Gehe, früherer Polizeihauptmann, warnte vor der Zersplitterung unter den Beamten.

Aus dem Reiche der „Schweren Jung“.

Ein Ueberfall auf einen Postwagen wurde in der Nacht zum Freitag in der Puttkamerstraße verübt. Als der Wagen in der fünften Morgenstunde auf seinem Wege nach dem Anhalter Bahnhof durch die Puttkamerstraße kam, lauerten ihm dort drei Männer auf. Einer fiel plötzlich den Wagen in die Höhe und gab dem Postillon ein Stoß. Dieser schlug jedoch auf die Pferde ein, so daß sie weitergingen. Der Räuber mußte deshalb zur Seite springen, ließ aber mit und sprang immer wieder auf den Bremsschuh, um den Wagen zum Stehen zu bringen. Nach dem der Bremschuh, während der Postillon die Pferde mit der Peine antrieb, die Peitsche und verließ den Räuber mit dem Stiel kräftige Stöße auf den Kopf und über das Gesicht. Die beiden Männer, die bisher vom Bürgersteig nur zusehend hatten, ergriffen die Flucht. Der eigentliche Räuber verschwand ebenfalls, bevor man ihn fassen konnte. Auf seine Erreichung hat die Oberpostdirektion eine Belohnung ausgesetzt. Mittelungen nimmt die Kriminalpolizei des Polizeipräsidenten, Hausanruf 601, entgegen.

Einbrüche stießen das Preussische Hauptzollamt in der Kleinen Präsidentenstraße beim und haben aus einem verbliebenen Schatz für 1 200 000 M. Stempelmarken, und zwar 400 Stück zu je 50 M., und je 1000 Stück zu 100, 200, 300 und 500 M. Es handelt sich um preussische Landesstempelmarken, die ausschließlich von Rechtsanwälden und Notaren oder Amts- und Landgerichten erworben werden. Der Dieb, der sich mit Nachschlüssel Eingang in die Räume des Hauptzollamtes verschafft hat, muß in diesen genau Verzeichnisse führen. Weder der Förster, bei dem sich am Tage jeder Einfuhrbescheinigung melden muß, noch der Förster, der das Gebäude nachts besichtigt, haben den Täter gesehen. Die Kriminalpolizei bietet um sachdienliche Mitteilungen im Zimmer 33 des Berliner Polizeipräsidenten.

Einbrüche in das Archiv des Innenministeriums in der Spandauer Straße beschlagnahmte die hiesige Kriminalpolizei. Am 23. Februar d. J. wurde der erste Einbruch verübt. Der Dieb nahm verschiedene Silbergegenstände und andere wertvolle Gegenstände, deren Nachvollziehbarkeit er sich unterrichtet gewesen sein muß. Am 26. März d. J. hatten gewerkschaftliche Verbrecher dem Innenministerium einen Besuch ab. Als sie dabei waren, die Sammelkassette zusammenzufassen, wurde der Wächter auf sie aufmerksam und beschuldigte die Polizei. Vier der Verbrecher entkamen herrlich vorher, während der andere, der sich verhaftet haben muß, alle Schulden der Nachforschungen abstrich. Sie zu einem Strafzusammenhang und, als die Gefahr vorüber war, aus einem Kerker heraus. In der Eile haben die Einbrecher nicht nur ihre Beute, sondern auch einen Teil ihrer Werkzeuge und Kleidungsstücke, die sie bei der Arbeit abgelegt hatten, zurückgelassen. Die Gegenstände sind bei Kriminalkommissar Trettin zu beschlagnahmen.

Die Ermittlung einer polnischen Diebstahlsbande in der Offenbach-Heberwachenstraße gelungen. Vor einiger Zeit hatte der Kote Murawski ein vom Schlichtigen Güterbahnhof abgefordertes Paket untersucht und auf Grund des gefälschten Aufhanges dieses eine Sendung von drei Rollen Tuch im Werte von über 70000 Mark abgeben lassen, und zwar durch einen bereits mit 10 Jahren hiesiger Strafkaten geschulten Mann. Krotz gab die Stoffe an einen Schneider Crebrnd, dieser an Maneki und dessen Bruder und weiter durch eine lange Schieberkette, die die Heberwachenbeamten weiter verfolgen konnten. Bis auf einen kleinen Restposten ist das Tuch wieder herbeigeschafft worden, während die an dem „Gandel“ Beteiligten verhaftet werden konnten.

Der Verein Arbeiter-Jugend

beraufstet heute abend 8 1/2 Uhr die große Frühlingssitzung mit Tanz. Sie haben statt für Abteilungen Neustadt, Siedel, Schwedl, Wesen in Altem Fährlein, Hakenstraße. Eintritt 1,25 M. — Abteilung Riederichsneude, Restaurant Korelen, Berliner Str. 101. Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. — Abteilung Nordosten, Osten, Deutsches Fährlein, Große Frontfurter Str. 30. Eintritt 1,25 M. noch an der Kasse. — Abteilung Südost, Treptow, Baumhäuserweg, Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147. Eintritt 1/2 M. Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 2 M. inkl. Tanz noch an der Kasse.

„Nicht Streik, sondern nationale Arbeitsruhe“.

In Schöneberg hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadterordnetenversammlung wegen Lohnzahlung für die Zeit des Generalstreiks einen Antrag eingebracht, den auch die Unabhängigen und Deutschdemokraten sowie ein Mitglied der Zentrumspartei unterzeichnet haben. Der Magistrat wird aufgefordert, den in Betrieben der Stadt beschäftigten Arbeitern und Angestellten den Lohn für 18. bis 20. März unter Vorbehalt zu zahlen. Mit Arbeitgebern, die Arbeiter im Auftrage der Stadt ausführen, soll über teilweise Vergütung des ihnen durch Bezählung der Streiklage entstandenen Schadens eine Verständigung herbeigeführt werden. Der Antrag, der schon in der vorigen Sitzung als dringlich eingebracht war, aber wegen Widerspruch eines Deutschnationalen gegen die Dringlichkeit nicht sofort beraten werden konnte, steht für die nächste Sitzung auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist zu beschließen über den inzwischen vom Magistrat vorgelegten Antrag, für die Zeit des Generalstreiks ein Drittel des nachgewiesenen Lohnausfalls denjenigen Arbeitern zu zahlen, die bei Arbeiten für städtische Unternehmungen beschäftigt wurden. Die Rückzahlung der vorausgehenden Beiträge, für die bis 300 000 M. aus Vorkassen herzugeben wären, soll bei der Reichsregierung beantragt werden. In der Beratung erklärt der Magistrat, für die Stadt weder eine moralische noch eine dingliche Verpflichtung zur Lohnzahlung bei Streik anerkannt zu können. Der vorliegende Fall aber könne nur unter dem Gesichtspunkt der geschlossenen Abwehr der gesamten Bevölkerung gegen den verheerenden Verfallungsbruch betrachtet werden und sei daher nicht als Streik, sondern tatsächlich nur als nationale Arbeitsruhe zu bewerten. Die Bemessung des von der Stadt zu zahlenden Lohnanteils auf ein Drittel wird vom Magistrat damit begründet, daß Auftraggeber (Stadt Schöneberg), Unternehmer und Arbeiterschaft zu gleichen Teilen das Opfer der Arbeitsruhe zu übernehmen haben.

Bekohnte Texte. Uns geht folgende Zuschrift mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

„Welch edelbedenkende Persönlichkeit würde 22jährigem Unteroffizier (mittellose Waise), der während des Putztes verfassungstreuer blieb, trotzdem aber vom Hauptmann Henkel am 15. 4. 20. gefaßtigt wurde, zu einem Zivilanzen verurteilt. Unffz. Gudeisberger, Am.-Pion.-Etl. 15, Köpenicker Straße 12—14.“

Jedes Wort der Kritik ist überflüssig. Um so notwendiger sind die Taten, auf die wir schon sehr lange warten, Herr Reichswehrminister!

Von der Post. Im Verkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und dem deutschen Saargebiet sind folgende Erleichterungen eingeleitet: Das zulässige Höchstgewicht für Pakete ist auf 20 Kilogramm erhöht worden. Den Paketen nach dem Saargebiet braucht eine Postkarte mit deutscher Sprache nicht mehr beigelegt zu werden. Dagegen ist die genaue Ausfüllung der Postkarte in französischer Sprache erforderlich. Die französische Postverwaltung führt Klage darüber, daß die Inhaltsbezeichnung in den Postkarte in französischer Sprache ungenügend ist. Angaben, wie „Lebensmittel“ oder „Seife“, genügen nicht; die Lebensmittel müssen einzeln bezeichnet und die Art der Seife muß genau angegeben werden. Schriftliche Mitteilungen im Verkehr mit dem Saargebiet können fortan in allen Sprachen und Wärdern in beliebigen Schriftzeichen erfolgen. — Im Verkehr mit Finnland sind Verbriefe wieder zugelassen. Auskunft geben die Postanstalten. — Postfrachtküde bis 20 Kilogramm sind nach Spanien durch Vermittlung der Expeditionfirma Eilan u. Co. in Hamburg zugelassen. Damit ist u. a. die Möglichkeit gegeben, derartige Pakete unter Wertangabe und gegen Nachnahme zu versenden. Auskunft erteilen die Postanstalten.

Die Deputation für das Wohnungswesen richtet an die Vermieter die dringende Bitte, fortan das Mietverhältnis durch Zustimmung zur Kündigung usw. erst anzurufen, nachdem ihre Einigungsversuche mit der Gegenpartei fehlgeschlagen sind. Die gleiche Bitte ergeht an die Mieter für die Fälle, in denen sie antragsberechtigt sind. Diese Mißstände aller Beteiligten ist unerträglich, um den sehr belasteten Mietverhältnissen unnötige Arbeit zu ersparen.

Neue Preise für Kunsthonig. Eine Verordnung des Reichsernährungsministers legt neue Preise für Kunsthonig fest. Die Preise sind wesentlich erhöht worden, da, um eine Minderung der Minderung für Zucker zu vermeiden, zur Herstellung von Kunsthonig vorwiegend teurer Auslandszucker verwendet werden muß. Der neue Herstellerpreis beträgt, sobald nicht unmittelbar an Kleinbändler und Verbraucher verkauft wird, in Paketen oder Dosen bis zu einem Netto Inhalt 1223 M. für 100 Kilo, in Behältnissen mit mehr als 1 Kilo Inhalt 1180 M. für 100 Kilo. Der Kleinhandelspreis beträgt beim Verkauf an die Verbraucher bei Lieferung in Paketen oder Dosen 7,30 M. für 1 Pfd., bei Lieferung ohne Verpackung (im Ausfuhr) 7,20 M. für 1 Pfd.

Das Apollotheater bringt neben einem sehr guten artistischen Programm ein interessantes telephonisches Phänomen „Ara“. Diese Dame weiß fast kostungslos ihrem Partner mitgeteilte Gedanken aus dem Subtilium wiederzugeben. Sie liest Dinge von Schriftstücken ab, die im Zuschauerraum von einem beliebigen geliebten werden und ist fast unbemerklich in ihrer Fähigkeit. Wer anten zu erraten. Ein Telephonist „Vorlicht bei Geprüften“ ist recht gefaßtigt inagiert, erwidert aber durch die sich wiederholenden Zweideutigkeiten, Dinge, die sich ein Verfasser von nur mittelwähigem Geschmaack ohne Gefahr heute nicht mehr leisten darf. Ganz auf der Höhe sind die Kritiken. Die Exzentriker Ohnott, der Roboter Verrington, De Bruns, Pilsard als Kujonleur, die Schleuderertraktanten Altonis und die Akrobatenfamilie Sandwinds leisten durchwegs Vorzügliches.

Das Internationale Nachforschungsorgan der Geisdammer, eine gemeinnützige Einrichtung, die bereits Tausende von vermissten und verschollenen Personen auffindbar gemacht. Durch den Krieg sind auch viele Deutsche hier im Lande, aber besonders auch solche, die sich beim Ausbruch des Krieges gerade im Ausland befanden, vermisst. Nach diesen können durch das Berliner Hauptquartier der Geisdammer Nachforschungen gehalten werden. Dafür ist lediglich für Postauslagen usw. der kleine Betrag von 5 M. zu entrichten. Einmalige Beiträge für Nachforschungen sind ausdrücklich zu senden an: Kommandeur Joh. Degler, Berlin O 19, Wartenburgstr. 1—3.

Alle französischen Konsula in Deutschland sind ermächtigt, Bisse für Frankreich und die Bestimmungen des Saargebietes zu erteilen. Das Subtilium wird gegeben, sich an das Konsulat zu wenden, in dessen Bereich kein Wohnort hat, befindet, und zwar: nach Berlin (Berliner Platz 5) für die Provinz Brandenburg, Westfalen, Pommern und Ostpreußen (Bismarckstr.); von 9—10 für Obersachsen, von 10—12 für andere Angelegenheiten.

Rundgebung der Kriegsteilnehmer. Die infolge des städtischen Verfallungsbruches teilweise ausgefallene Rundgebung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer findet, mit veränderten Programmen, nunmehr bekannt am Sonntag, den 18. April, vorm. 10 1/2 Uhr, in den Kommerzien, Lottener Str. 1—4, nahe Hallesches Tor, statt. Redner sind: Wily Keger, Emil Rabold, Karl Keller, Ignaz Brodel und Arthur Jidler. Ein namhafter Künstler wird ein neues Kunstwerk von Henri Barbusse an die deutschen Kriegsteilnehmer zum Vortrag bringen.

Der große Olympia-Preis gelangt am Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr, auf der Olympiabahn zur Austragung. Das Rennen über die Strecke von 90 Kilometer in 3 Rufen von 20, 30 u. 40 Kilometer. Appellans wird von Krüger, Renanow von Weppert, Bauer von Hofmann, Krupfals von Jungewirth und Lehmer von Reichner gefaßtigt. Nach der Preis von Spandau für Räder sowie ein Prämientrennen über 10 Runden und ein Entschlagningsfahren desprechen sehr guten Sport.

Neustadt. Für die Mitglieder des Republikanischen Führerbundes heute 7 Uhr wichtige Besprechung im Deutschen Bierhaus, Berg-

straße 136, Portal 3, rechts. Neuanmeldungen für die hiesige Bezugsgruppe werden entgegengenommen.

Variendort-Schende. Die Gemeinde errichtet mit Beginn des neuen Schuljahres an der 4. Gemeindeschule, Kurfürstenstr. 53/54, eine Fortbildungsklasse (Grauensschule) für junge Mädchen mit Volksschulbildung. Der Unterricht erstreckt sich auf: 1. Hauswirtschaftskunde, Ernährungskunde und Kochen. 2. Nadelarbeit, Plätten und Bügeln. 3. Gesundheitslehre, praktische Arbeit in Säuglings- und Kinderpflege. 4. Rechnen, Deutsch, Volkswirtschaftslehre, Stenographie und Turnen. Der Besuch ist unentgeltlich. Anmeldungen werden täglich entgegengenommen von 11 bis 12 Uhr von Rektor Kufmann, Kurfürstenstr. 53/54.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Stratitz. Für die in der Woche vom 29. März bis 3. April fehlenden Kartoffeln gelangen 250 Gramm geschälte Ackerbohnen, 250 Gramm Weisflocken oder Weisflocken auf die Abkühlung 140—g der Stetlicher Kartoffelkarte zur Ausgabe.

Variendort-Schende. 250 Gramm Hälftenstrühe (10 und 11), 250 Gramm Nudeln (15 und 16). Bis heute Anmeldung auf 1/2 Pfund Narmelade (14).

Hennedort. Heute Ausgabe von Bezugsgeldern auf Exped für Kriegsbeschädigte, Kranke (Mütter) und kessende Frauen, bei den Hiesigen Ernst und Schulz.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Morgen, 11. April:

40. Abt. 10 Uhr, Funktionärskonferenz bei Schmidt, Bielestr. 17.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Donnerstag, den 18. April, vorm. 1/10 Uhr, in der Aula der Sophien-Schule, Weinmeisterstraße 15/16, Generalversammlung. Die Wandare werden den Delegierten vor Ort zugestellt.

Wedding. Das Jugendheim in der Lützlicher Str. 38 ist ab Dienstag wieder geöffnet. Es findet ein Vortrag über „Sport und Arbeiterjugend“ statt. Die Funktionäre werden gebeten, die Mitglieder davon zu unterrichten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Deutschland und Schweden. Die am 16. März d. J. neugegründete Deutsch-Schwedische Vereinigung hält Montag nachm. 4 1/2 Uhr im Deutschen Haus, Köpenicker Str. 21, ihre zweite Hauptversammlung. An dem tagesgeschäftlichen Teil schließt sich ein Lichtbildvortrag über Schweden, gehalten von dem schwedischen Legationsrat Herrn Sevardi. Zu Beginn und am Schluß werden Lieder, die 1919 in Schweden waren, schwedische Lieder gesungen. Freier Eintritt für Mitglieder und ihre Angehörigen, besonders auch für Kinder, die Gäste des schwedischen Volkes waren. — Versammlung aller ansehensreichen Schwerekriegsbeschädigten der Reichswerke Spandau Sonntag 10 Uhr im Hotel-Quartier, Berlin N, Panstr. 18 (Bahnhof Wedding). — Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Bezirk 3 Südost, Unterliebenentellon. Montag 7 1/2 Uhr Bezirksversammlung in Schumachers Hof, Schaller Str. 126. Kriegsbeschädigtenkassen der Ortsgruppe Neustadt. Mitgliederversammlung Montag 7 Uhr bei Gohle, Herrmannstr. 199. — Die Freie Turnerschaft Berlin veranstaltet ein Zusammenkommen des ganzen Vereins am Sonntag 2 bis 6 Uhr in der Städtischen Turnhalle, Gormannstr. 4, um allen Freunden der Leibesübungen ein Bild von der bisherigen Tätigkeit des Vereins zu geben. Eintritt frei.

Berichtszeitung.

Die Wuchergerichte geschnähig.

Ueber die Frage, ob die Wuchergerichte, die durch eine Verordnung der Reichsregierung eingeführt wurden, geschnähig sind, ist bekanntlich ein lebhafter Streit entbrannt. Die Landgerichte Berlin I und II haben zu dieser Frage jedes eine andere Haltung eingenommen. Nunmehr hat sich das Kammergericht als höchstes preussisches Gericht mit dieser Angelegenheit beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Wuchergerichte weder mit der Verfassung noch mit den Gesetzen in Widerspruch stehen.

Die Mängel der Irrengesetzgebung

beleuchtet besonders trotz ein Prozeß, der gegenwärtig die deutschen Gerichte beschäftigt. Der Legationsrat a. D. v. Fißcher hatte eine junge Engländerin namens Horst geheiratet. Unmittelbar nach Geburt eines Kindes verlangte er von ihr, daß sie sich scheiden lassen solle, da durch die Geburt eines Leibeserben das Majorat des alten Geschlechts gesichert wäre. Das aus allen Himmeln gefallene junge Frau weigerte sich und die Folge war, daß ihr Ehemann sie kurzerhand in der Irrenanstalt eines Dr. Hesse in Jüten (Dannover) unterbringen ließ. Von hier kam die geistig völlig gesunde Frau in die Irrenanstalt des Prof. Windwanger in Jena.

Von Rechtsanwältin Bahn wurde im Auftrage der Mutter der Frau von Fißcher Strafanzug wegen Freiheitsberaubung bei der Staatsanwaltschaft gestellt, der zur Folge hatte, daß Frau v. F. sofort ihre Freiheit wieder erlangte. Unter Vorwänden brachte von F. seine Frau dann nach der Schweiz. Ließ sie in Bern entmündigen und setzte auch, da sie sich nicht genügend verteidigen konnte, bei dem Amtsgericht Bern die Ehecheidung durch. Die Entmündigung wurde bald wieder aufgehoben, da der Zweck, die Ehecheidung, erreicht war. Frau von F. kehrte nun nach Deutschland zurück und betrieb sofort die Aufhebung des schweizerischen Urteils. Sie stellte beim Landgericht Hildesheim den Antrag auf Alimentenzahlung mit der Voraussetzung, daß das Berner Urteil nichtig sei, da es nicht zur Ehebrecht, sondern auch aus juristischen Gründen unhalbar sei. Das Landgericht hat nun im Anschluß an eine Auskunft des Reichsjustizministers, der mit der Sache ebenfalls befaßt war, entschieden, daß das schweizerische Urteil nichtig sei, da es unter Verletzung des § 5 des Haager Abkommens vom 12. Juni 1902 ergangen sei. Nach Biffer 2 dieses Paragraphe sei die Gerichtsbarkeit des Heimathalles allein für Eheidungssachen zuständig, soweit sie von deutschen Gerichten erhoben werden könnten. Dies sei aber hier zutreffend, da der letzte Wohnort des Ehemannes in Deutschland gewesen wäre; außerdem sei zwischen Deutschland und dem Kanton Bern nicht die Gegenseitigkeit verhängt.

Diese Angelegenheit zeigt, wie notwendig die schon seit Jahrzehnten geforderte Reform der Irrengesetzgebung ist.

Aus aller Welt.

Beraubung eines deutschen Eisenbahnzuges durch Polen. 30 Millionen Mark „beschlagnahmt“.

Die polnische Besetzung des Bahnhofs Neustadt in Westpreußen, im polnischen Korridor, hat einen geradezu ungläublichen Uebergriff an einer vom Freikaat Danzig an die Reichsregierung abgeforderten Geldsendung im Werte von 30 Millionen Mark verübt.

Das Geld war in 60 Paketen verpackt und versiegelt worden. Da der Transport besondere Vorsichtsmaßregeln erforderte, war der polnischen Regierung vor Abgang der 50 Wertpakete offiziell Bericht erstattet worden und man hatte die Genehmigung erhalten, die Wertsendung in einem plombierten Wagen nach Berlin zu senden.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Tiefand.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Der Kronprinz.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 U.: Die Dame Kobold
Kammerspiele.
U.: Gabriel Schillings Flucht
Sonntag 7 Uhr:
Gabriel Schillings Flucht.
Gr. Schauspielhaus
Karlsruhe.
D. weiße Heliand (40. Abt. 2. A.)
Theater I. d.
Königsgrätzerstraße
7.15 Uhr: König Nicolo.
Sig.: Schloß Wertenstein
Nachm.: Erdgeist (M. Orska)
Montag: Sie.

Komödienhaus
1/2 Uhr: Minister
(Max Fallenberg)
Berliner Theater
7 Uhr: Der
letzte Walzer.
Fritz Massary, Otto Storm,
Hans Wassmann.
Central-Theater
7 1/2 U.: Fräulein Puck.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Undine.
Die Tribüne
7 1/2 U.: Franziska.
Eden-Theater.
7 1/2 U.: Die Dollarprinzessin
Sonnt. 3 Uhr: „U. A. w. g.“
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7 1/2 Uhr: Evchen
Humbrecht
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Die Pfarrhauskomödie.
Kl. Schauspielhaus.
7 1/2 Uhr: „1913“.
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Wenn Frauen träumen
Stg. 3 1/2: Schwarzwaldmädch.
Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7 1/2 Uhr: Zwangselnquartierung.
Metropol-Theater.
7 Uhr: Sybill.
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Charitys Tante m. Thielcher
Neues Operettenhaus
Mia Werber als Gast in
7 1/2 U.: Die kleine Boheit.
Stg. 3 1/2: Die Dame vom Zirkus
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Das Paradies
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 U.: Die Rabensternerin.
Thalia-Theater
7 1/2 U.: Die närrische Liebe
Tham Neillendorfsplatz
3 1/2 Uhr: Das vierte Gebot.
7 1/2 Uhr:
Der Vielgeliebte
Theater des Westens
7 1/2 U.: Die Frau im Hermelin
Stg. 3 1/2: Die lustige Witwe.
Wallner-Theater
7.15 Uhr: Eine Ballnacht.
Stg. 3 1/2: Geisha m. Mia Werber
Wallner-Theater.
7 1/2 U.: Der Rastelbinder
Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Heute 4 Uhr, kleine Preise:
Max und Moritz.
Täglich 3/4 Uhr:
Myrrha
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Herrschaftl. Diener ges.
Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:
Rotkäppchen.
Täglich 1/2 Uhr:
Die Raschhoffs
Sonntag 4 (kleine Preise):
Der gute Ruf.
Folies Caprice
Eck Friedrich- u. Lützenstraße
Täglich 7 1/2:
Die abgestreifte Frau
Zwangselnquartierung.
Oh dieser Norwack!
mit Ferdinand Grunewald
in den Hauptrollen.
Casino-Theater
Lotharstraße 37. Tägl. 7 1/2 U.:
Der neue Possenschlager:
Ein alter Sünder
Vorher erstkl. Spezialitäten.
Alex Stamer, Komiker.
Sonntag 3 1/2: Onkel Moritz.
Winter-Garten
Täglich 7.30 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!
Reichshall-Theater
Wilh. 7 1/2 u. Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Stettiner
Sänger.
Nachmittags
ermäßigte Preise!

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7 1/2 Uhr:
Sitte-Sänger.
Ruselli, Schubert,
Horst, R. Schrader
etw.
Sonnt. nachm. 3 U.
ermäßigte Preise.
Bühnen-Konzert.
Beginn 7.10 Uhr.
Zum Schluß:
Die Buxte der Pandora.
Vorverk. 11-12 u. 4-6 Uhr.

METROPOL
KABARETT
BEHRENSSTR. 53-54
Allabendlich 7 Uhr:
3 Schwestern Lück
Lieselotte
Tom Jersey
Trude u. Ilse
Annie Wilkens
Schulhoff
Walter Steiner
„Der zerbrochene
Spiegel“
(Gebr. Schwarz)
Paul Steinitz
Kapelle Mundi Neumann.
Am Flügel: E. Hentschel.

Adi-Haus
Taubenstr. 24 — Ztr. 1052
Käte Blank
Eugen Naack
Cilli Pronio
Helma Hertwig
Pip u. Edita
Henry Wolf
Liesel Eve
Paul Rückmann
Käthen Esten
2 Pohleys
Adi Liebans
Meisterquartett
Adolf Lieban
H. Weiss, H. Küche
Mocca, Tee, Schokolade
Anfang 7 Uhr

Alte Wein-
Stuben
J.F. Rauch
Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174
neb. Goldsch. Busse - Große
Frankfurter Str. 112 neb. Jandori
Invalidenstr. 164, Hauptkontor
N. 8, Bergstr. 34, am Stett. Bnh.
Elder deutsch, Weinbrand:

Derby-Cognac
Sierlikör
Advokat
Kräftiger Dänen-
Hobro
Zuckergesüßter
Sekt
Feste Preise
zahlt für Vollme alle
Kupfer . . . kg 12,00 M.
Rotgüß . . . 10,00
Messing . . . 7,50
Blei 4,50
Zink 3,50
Tasche, Belle-Alliance-Str. 98
Langenbeckstr. 4, E. Elhinger,
Warschauer Straße 79
in Wilmerstr., Bernhardtstr. 15a.

Schall u. Rauch
im Großen Schauspielhaus,
Karlsruhe - Schiffbauerdamm
Telephon: Norden 8643.
Wiederauftreten
Paul Graetz
Oscar Sabo
Anita Berber
Mady Christians u. a.
Musik. Leit.: Friedr. Holländer.
Besinn 8 1/2. Konzertbeg. 7 1/2 U.

Admirals-Palast.
Flirt in St. Moritz
7 1/2

fallenstein
Nierentst., Gries- und
Laserle-Gänge versetzt mit
besten Rohmaterialien u. sind
„ANTIGALLIN“
in allen Apotheken zu haben. Wo
nicht, erfolgt Zusendung durch die
Antigallin-Apothek, Berlin-Friedrichs-
hagen. Preis pro Flasche 12,50 Mark.
Ankündigende Broschüre über die Ein-
wirkung des Antigallin gratis durch:
ANTIGALLIN-WERK G. m. b. H.
Berlin - Friedrichshagen.

Messing
Kupfer, Aluminium,
Blei und anderes Alt-
metall, Eisen kauft zu
den höchst-Tagespreisen
Schlosserei Wiemann,
Stallschreiberstr. 55,
nur Hof im Keller.
Kein Laden.

Varieté-Café Moritzplatz
Oranienstr. 53-55
Künstl. Leit. Hellmuth Bernsd. Orchest. Georg Wöhler
Das große Wellstadtprogramm
3 Arvellos, Hill u. Hall, H. Voss, 2 Kaltweits,
Anita Odoris, Grass-Walden, 2 Pohleys, Max Koch
4 1/2-7: Tanz-Vorführungen
3 Neuhäuser-Billards
Likörstube



Allstein = Schnittmuster
A. Wertheim
Leipziger Straße / Königstraße
Rosenthaler Straße / Moritzplatz

Kriegsanleihe wird mit 83 % in Zahlung genommen!

Billige Angebote!!

Covertcoatmäntel 78, 95, 165, 215, 335, 550, 780	Impr. Mäntel 165, 225	Impr. Seldentmäntel 330, 495
Strickjacken 65, 96	Wettermäntel 126, 298	
Kostüme 86, 178	Modell-Kostüme 650, 895	
Röcke, Stoff 42, 69	Gesellschaftskleider 270, 415	

Jetzt noch
Pelzmäntel 5000, 6300, 9000 Plüschmäntel 925, 1400, 2000

Frühjahrsmodelle!!
Kostüme 1000 Covertcoatmäntel 750 Mantelkleider 675

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Täglich geöffnet bis 7 Uhr.
Sonntags geschlossen!

Ankauf Juwelen
zum heutigen hohen Kurs
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kanonierstr. 9

Trotz Preissturz zahle:
Kupfer 12,00
Rotgüß 10,00
Messing 7,50
Blei 4,50
Zink 3,50
Schräger, Simeonstr. 28
Keine Täuschung
des Publikums.

Möbel
gegen bar oder Teilzahlung
Der Jetztzeit entsprechend sehr preiswert
Wohn-, Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
farbige Küchen, einzelne Möbel
Liefere frei Haus. Liefere auch auswärts.
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Kriegsanleihe nehme in Zahlung.

Möbel-Cohn
Große Frankfurter Straße 58
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Pillnitzer Badstraße 47-48
(5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen)

Grammophon-Platten
pro Kilo 19 M.
sowie Wachswalzen
auch zerbrochene,
kauft höchstzahlend
Metallkontor
W. John, Gegr. 1903.
SW. 68, Alte Jakobstr. 198.
Tel.: Moritzplatz 1.855
Geschäftszeit 9-4 Uhr.

Kupfer 13, —
Messing 7, —, Rotgüß
10, —, Nickel 25, —
Blei 4, —, Zink 3, —
Zinn 6,50,
Aluminium 10, —,
Quecksilber 110, —
Zahle die höchsten
Konkurrenz-Preise.
Oderberger Str. 1.
Teleph.: Norden 291, 305.

Reederei Kahnt & Herzer Fernspr. i.
Königsf. 2062
Dampfer-Extra-
fabriken ab
Waisenbrücke.
Krampeburg.
Sonntag, d. 11. April u. folgende
Sonntage 8 1/2 und 2 Uhr nach

Ziehung am 13. und 14. April
Rote + Lotterie
des Schöneberger Zweigvereins vom Roten Kreuz.
100 000 Lose. 4155 Gewinne im Werte von Mk.
100 000
50 000
10 000
Hauptgewinn 10 Lose = 30 Mk.
Rote + Lose 3 Mk. Porte u. Liste
50 Pfg. extra
in allen Lotteriegeschäft, Loseverkaufsstellen u. durch
Lud. Müller & Co.
BERLIN W., Werderscher Markt 10
10 Lose sortiert = 30 Mk.

Stellenangebote

Gewerkschaftssekretär gesucht!
Der Ortsausschuß Schneidemühl sucht zum 1. Juni d. Js. einen Gewerkschaftssekretär. Derselbe muß organisatorisch und literarisch gewandt sein u. mindestens fünf Jahre einer freigewerkschaftlichen Organisation angehören. — Bewerbungen sind mit einem Lebenslauf sowie einer Abhandlung über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs an das Kartell (Julius Klahn), Schneidemühl, Langestr. 29, einzureichen.
22/12

Schlosserlehrling
verlangt Otto Hoff, er, Grünau,
Göpenicker Straße 4. 30/9a*

Unterwildelei-
Weiter sofort für unsere Motor-
torbauwertstoffe bei gutem Lohn
gelehrt. 4762*
Elektrizitäts-Gesellschaft,
Berlin NW 6, Albrechtstr. 12.

Lehrling
für Photographie und Retusche
verlangt 482B
Stern & Schiele,
Berlin S 14, Preussener Str. 48.

Generaler
Elektro-Mechaniker
der an sauberes Arbeiten ge-
wöhnt ist, wird sofort ein-
gestellt. Karl Biermann,
Hb.-Schneewitz, Brückstr. 2.

Zeltmacherlehrling
per sofort gesucht.
Georg Hoyer, Wallstr. 17/18

Grabeure
auf Bagatier- und Baumgräber,
finden dauernde und lohnende
Beschäftigung in und außer
dem Hause bei
60/10
A. Dencke & Co., Berlin,
Erfurterstr. 27.

Kleberinnen,
gelehrt, in und außer Haus,
ucht Adolf Rosen, Puh-
ledensfeld, Wallstr. 16.

Haarflechten-
Schleiferinnen und Polier-
innen, gelehrt, gesucht. 1188B
Deutsche Flechtenflechten-Ges.,
Friedrichstr. 208.

Stenotypistinnen
erste Kräfte
die befähigt sind, einem größeren
Bureau selbständig vorzustehen,
sollt gesucht.
Meldungen: 1-2 Uhr mittags oder
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Tüchtige
Kontoristinnen
mit schöner Handschrift, welche
zugleich Stenographie und Schreib-
maschine beherrschen,
sollt gesucht.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliance-Str. 1/2.

Zeitungs-Zentrale (Z. Z.)
Aktien-Gesellschaft
stellt Botenfrauen ein in den Ge-
schäftsstellen:
146/18*
Jerusalemstr. 5/6, Prinzenstr. 31, Bismarck-
straße 42, Lausitzer Platz 14/15, Steglitzer Str. 37,
Petersburger Platz 4, Greifenhagenstr. 22, Acker-
straße 174, Wassert. 9, Markussstr. 36, Immanuel-
kirchstr. 34, Wilhelmshavener Str. 48. — Char-
lottenburg, Sesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101,
Taurrogener Str. 11. — Lichtenberg, Wartenberg-
straße 1, Boxhagener Str. 62. — Neuh. öhn, Neckar-
straße 2, Siegfriedstr. 28/29. — Wilmersdorf
Gastener Str. 12. — Reinickendorf-Ost, Provinz-
straße 56. — Treptow, Gramenz, Kiehlstr. 412.

Putschistenversicherung auf Gegenseitigkeit.

Als die Kapp und Lüttich ihren Putsch wagten, da hatten sie sich als gute Militäristen bereits ihre Rückzugslinie für den Fall des Mißlingens ausgearbeitet. Mit dem Schreckgespenst des Bolschewismus sollte das Bürgertum so in Angst versetzt werden, daß es die Verfolgung der Verbrecher von rechts ganz darüber vergesse. Dieser Plan ist mit einem großen Aufwand von Lügen und Fälschungen militärischer Geisteskräfte sofort in die Wirklichkeit umgesetzt worden, als der Putsch mißlungen war. Jede Arbeiterbewegung, die lediglich dem Schutze der Verfassung und der Bekämpfung der Gegenrevolution galt, wurde als bolschewistisch denunziert und stellenweise, wie in Thüringen, die wildeste Soldateska — es sei nur an die Mutilat der Warburger zeitfreiwilligen Studenten erinnert — auf eine gutgeleitete Bevölkerung losgelassen.

Im allgemeinen jedoch haben sich die verfassungstreuen Elemente hierdurch nicht provozieren lassen. Nachdem der Sieg der verfassungsmäßigen Regierung gesichert war, haben sie zum größten Teil die Waffen niedergelegt. Aber gerade dadurch bekamen sie und da die Putschisten von links, die anfänglich mit den verfassungstreuen Elementen eine einseitige Front gegen rechts gebildet hatten, freie Hand, um nun auf eigene Faust für ihre Sonderziele vorzugehen. Namentlich war das im Ruhrgebiet der Fall.

Das von vornherein ausichtslose Beginnen dieser bewaffneten Kämpfe, die Gelegenheit zu benutzen, um an Stelle der Demokratie die Räterepublik zu setzen, hat nun praktisch wirklich keinen weiteren Erfolg gehabt, als die Bekämpfung und Ausrottung der Gegenrevolution zu erschweren. Die Putschisten links haben sich wieder einmal als die zuverlässigsten Helfer der Gegenrevolution von rechts erwiesen. Ohne sie könnten wir in der Säuberung der Reichswehr von reaktionären Elementen schon viel weiter sein, wenn allerdings auch betont werden muß, daß selbst bei den jetzigen Umständen diese Prozedur schneller von statten gehen müßte, als sie tatsächlich geht.

Aber gerade diejenigen Parteigenossen, die am energischsten auf die gründliche Reorganisation des Militärs drängen, müssen mit tiefster Bitternis empfinden, wie die Linksputschisten im Ruhrgebiet den Gegnern einer schleunigen und durchgreifenden Reform die besten Waffen und Argumente in die Hände geben. Erst recht gilt das natürlich von abenteuervollen Subjekten wie dem vogelwilden Vandenberg Hölz aus Pöhlstein, der ja selbst von den Unabhängigen und wenigstens einem Teil der Kommunisten entschieden abgelehnt wird. Wenn aber hinter dem Maulwerk eines solchen Menschen, der nachweislich für Geld die Arbeiterfront in gewerkschaftlichen Kämpfen an die Unternehmer verkauft und diesen bei der Betrümmung der Gewerkschaft beigestanden hat, Hunderte und Tausende von Arbeitern herlaufen und sich von ihm zu den schlimmsten Streichen verführen lassen, so sind solche urteilslosen und unpolitischen Massen die besten Freunde, die sich der Anhang der Kapp und Lüttich im Augenblick wünschen kann. Das gleiche gilt von dem roten Terror im Ruhrgebiet, der seine Hauptstärke nicht etwa gegen die Reaktion, sondern gegen die Reichssozialdemokraten und — Ironie des Schicksals! — sogar gegen Unabhängige richtet. Standrechturteile gegen Arbeiterführer erläßt und nicht zuletzt die Arbeiterbevölkerung terrorisiert. Handgreiflich steht uns hier vor Augen, wie roter und weißer Terror, so sehr sie einander bekämpfen, praktisch sich in die Hände arbeiten.

Dr. Adolf Köster — Minister des Außern.

Zum Reichsminister des Auswärtigen ist Reichskommissar Genosse Dr. Adolf Köster in Aussicht genommen worden.

Genosse Dr. Köster entstammt einer Pfälzerfamilie der Nordmark. Er wurde am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Verden an der Aller geboren und besuchte nacheinander die Volksschule, die Realschule und das Humanistische Gymnasium in Hamburg. Köster widmete sich dann dem Studium der Philosophie und bezog die Universitäten Hamburg, Halle, Marburg und Jülich. In der wissenschaftlichen Welt machte sich Dr. Köster mit einem Werk über die Ethik Vasalis, einer Schrift über den jamaikanischen Antikommunismus sowie einer Darstellung, die Entstehung der modernen Pädagogik, bekannt. Daneben machte sich Köster auch mit einem Romanband „Die 10 Schornsteine“ und einem Roman „Die bunte Nacht“, die 1913 erschienen, einen guten Namen. Ausgedehnte Studienreisen, die Köster durch ganz Europa, Asien, Afrika und Amerika führte, gaben ihm hinreichende Gelegenheit, sich mit fremden Völkern und fremden Verhältnissen vertraut zu machen.

Die Leser des „Vorwärts“ haben ihn durch eine Reihe ausgezeichnete Beiträge als fleißigen Mitarbeiter kennengelernt. Politisch schloß sich Köster schon in früher Jugend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Nach der Revolution war er zuerst in der Reichslangzeit tätig, danach wurde er zum Reichskommissar für die Abstimmungsgebiete in Schleswig-Holstein ernannt. Auf diesem wichtigen Posten hat sich Köster durch sein entschlossenes und geschicktes Eingreifen für die deutsche Sache das Vertrauen der gesamten Bevölkerung in der Nordmark erworben. Es ist seinen organisatorischen Fähigkeiten mit zu verdanken, daß die Abstimmung in der zweiten Zone ein für ganz Deutschland so überaus günstiges Ergebnis hatte. Durch Verhandlungen mit dem Internationalen Ausschuss in Schleswig-Holstein hat Dr. Köster den Bereich diplomatischer Befähigung erbringen können. Zurzeit befindet sich Dr. Köster in Kiel, um die durch den Kapp-Lüttich-Putsch geschaffenen Zustände wieder in ordnungs- und verfassungsmäßige Bahnen zu leiten.

Die Finanzkonferenz in Brüssel.

Paris, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Am 8. April, das 40. der führenden Staaten der Welt zur Teilnahme an der auf Veranlassung des Rates des Völkerbundes Anfang Mai in Brüssel stattfindenden Finanzkonferenz aufgefordert werden sollen. Man hofft sehr, daß Amerika sich ebenfalls beteiligen werde. Unter anderem soll über Handelskredite und die Währungsfrage beraten werden. „Evening Standard“ zufolge werde jedes teilnehmende Land verpflichtet, der Konferenz seine Bilanz, sein Budget, seine vollständigen Debit- und Kreditlage, sowie seine besonderen Finanzschwierigkeiten mitzuteilen.

Heutige Streikunruhen in Belfort.

Belfort, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) Am 8. April 8000 Metallarbeiter in Belfort streikten, um 50 Proz. Lohnerhöhung zu erringen. Zwischen Gendarmen und Streikenden ist es zu einem Zusammenstoß gekommen, wobei es fünf Tote, darunter drei Frauen, und 26 Schwerverwundete, gab, darunter acht Gendarmen. Der Präfect hat über Belfort den verhängnisvollsten Belagerungszustand verhängt. Die Belgiantarbeiter streikten mit dem Generallstreik bei Weiterbauern des Belagerungszustandes.

Die Reichswehr im Ruhrgebiet.

„Der Einmarsch war notwendig.“

Erklärung niederheinischer Gemeindeglieder.

Die in Düsseldorf verammelten Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf haben folgende Kundgebung an den Reichslangzeit gerichtet: „Die verammelten Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks Düsseldorf beklagen auf das tiefste, daß die französische Regierung die infolge der Unruhen im Ruhrkohlenbezirk notwendig gewordenen Regierungsmassnahmen zum Anlaß genommen hat, weitere Teile des deutschen Vaterlandes zu besetzen. Es schmerzt die niederheinischen Volksgenossen und niederheinische Bevölkerung bitter, daß auf diese Weise unbeteiligte Volksgenossen neue Opfer und Lasten auf sich nehmen müssen. Die Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf erklären jedoch aus amtlicher Kenntnis der Verhältnisse nach verantwortungsvoller und pflichtgemäßer Beurteilung der Lage, daß der Reichsregierung nur die Art des angewandten staatlichen Zwanges übrig bleibt, um Unruhen, Gewalttätigkeiten und Anarchie im Ruhrkohlenbezirk zu unterdrücken. Nur so können Lebensbedingungen des Staates gerettet und die Richterfüllung wichtiger Friedensbedingungen verhindert werden.“

Die Flucht eines großen Teiles gelernter Arbeitskräfte aus Industrie und Bergbau stellt wirtschaftlich eine so ernste Gefahr dar, daß alles versucht werden muß, die Leute zurückzuhalten, zumal die Franzosen mit allen Mitteln versuchen, die Leute unter außerordentlich günstigen Bedingungen für ihre Industrie zu gewinnen. Stark begünstigt wird dieses französische Angebot durch die Furcht der Arbeiter vor einer Rache der Reichswehr.

In Köln befinden sich ungefähr 3000 Zirkulanten. Verpflegt werden sie aus den städtischen Beständen, untergebracht sind sie in früheren Gefangenenlagern Köln-Deiblich. Der Oberbürgermeister erklärt, daß Köln nicht in der Lage wäre, weitere Zirkulanten aufzunehmen.

Eine Bekanntmachung Seberings und Watters

Die Truppe kommt zum Schutze aller Gutgesinnten, sie handelt nicht eigenmächtig. Sie wird jetzt nach dem Abschluß der eigentlichen Kämpfe mit den gesetzlichen Mitteln nur gegen diejenigen vorgehen, die für die Sicherheit und eben hergestellte Ruhe und Ordnung eine Gefahr bedeuten.

Die Regierung und alle ihre Organe, die Truppen und Polizei werden gegen die verantwortlichen Heher und gewissenlosen Führer einschreiten. Sie legt aber Wert darauf, daß Irregelmäßigkeiten oder falsche Unterrichtsarten aufgeklärt und zurückgenommen werden.

Die Truppe kommt nicht als Rächerin, sie kommt lediglich, um Recht und Gesetz wieder Anerkennung zu verschaffen.

Wer nach dieser Zeit der Unruhe aus ehrlicher Ueberzeugung seine Absicht, auf ungesetzlichem Wege etwas zu erreichen, aufgibt und sich zu seiner bisherigen Arbeitsstelle wieder begeben will, wird von der Truppe und Polizei in keiner Weise gehindert werden.

Im Interesse der Volkswirtschaft und der Arbeiterschaft liegt es, daß die in das bergische Land Geflüchteten auf ihre Arbeitsstellen zurückkehren.

Hattingen, 9. April. Nach den vorliegenden Meldungen haben sich die herumziehenden Banden der roten Armee südlich der Ruhr aufgelöst. Es ist daher mit einem Vorrücken der Reichswehr über die Ruhr nicht zu rechnen.

Duisburg, 9. April. Die Bezirksleitung der S. P. D. des Niederrheins hat Stellung genommen zu den Kämpfen im verflochtenen Kapp-Putsch und zu der Taktik bei den kommenden Reichstagswahlen. Es wurde betont, daß der Kurs scharf gegen rechts geleitet werden müsse, daß man aber den Boden der Demokratie nicht verlassen dürfe. Die Konferenz stellte fest, daß die Partei jede Mitarbeit des Zentralrats der Volksauschüsse ablehnt, weil die Arbeit des Zentralrats nach der Durchführung der Viersfelder Verträge erledigt ist.

Essen, 9. April. Heute abend waren Vertreter der Entente hier, um sich über die Lage im Industriegebiet zu informieren. Von den zuständigen Stellen konnte ihnen leicht nachgewiesen werden, daß bei der Besetzung des Ruhrgebietes die Versailler Friedensbedingungen hinsichtlich der Kopfstärke nicht übertreten worden sind.

Auch haben sich die Vertreter davon überzeugt, daß die Reichswehr von dem größten Teil der Bevölkerung mit Freuden empfangen wurde und wie sinnlos die Behauptung ist, das Einrücken der Reichswehr sei ein neuer Ausbruch des Militarismus.

Der belgische Sozialistenkongress.

In Brüssel fand der Parteitag der belgischen Sozialisten statt. Es wurde beschlossen, an dem Kongress der zweiten Internationalen, der im kommenden Sommer in Genf stattfinden soll, teilzunehmen.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Frage der weiteren Beteiligung am Koalitionskabinet. Auf dem letzten Parteitag Ende November vorigen Jahres war die Beteiligung mit erdrückender Mehrheit beschlossen worden. Inzwischen war in verschiedenen Bezirksorganisationen infolge der fortwährenden Teuerung, Wohnungsnot usw. die Opposition gegen diese Koalitionspolitik gewachsen, deren Ergebnisse für viele Arbeiter eine Enttäuschung waren. Dennoch erklärte sich wiederum die große Mehrheit des Kongresses mit 1814 gegen 830 Stimmen für die Koalitionspolitik, jedoch mit dem Vorbehalt, daß diese Frage am Ende der kommenden Sitzungperiode wiederum gestellt werden solle, wenn das Programm des sozialistischen Ernährungsministers Bouterse nicht angenommen würde. Der Hauptredner für die Koalitionspolitik war Genosse de Woudre, der jüngst in Berlin war und aus dessen Rede wir folgende für uns interessante Stelle entnehmen:

„Ich war vor einigen Tagen in Berlin inmitten der revolutionären Strelchen. Die unabhängigen Sozialdemokraten verlangten eine sozialistische Regierung, welche die Verstaatlichung der Bergwerke durchzuführen würde.“

„Ich fragte Hilferding: „Und dann? Werden Sie nichts weiteres machen?“ Er erwiderte mir: „Aber wissen Sie denn nicht, daß man zehn Jahre braucht, um die Verstaatlichung der Bergwerke durchzuführen und daß eine Regierung, so revolutionär sie auch sei, auch das praktisch Mögliche berücksichtigen muß?“

Diese Worte Hilferdings waren ebenso offen, wie vernünftig. Und wenn die Zeit der Arbeiterregierung, für die auch wir uns ausgesprochen haben, gekommen sein wird, dann hoffen wir, daß die unabhängigen Minister auch nach diesem richtigen Grundsatze des Chefredaktors der „Freiheit“ handeln werden, in der Erkenntnis, daß eine Regierung mit Verantwortungsgefühl in vielen Dingen sich praktisch anders verhalten muß, als oppositionelle Agitatoren es sich in Wort und Schrift erlauben dürfen.

Unbehinderte Rückkehr zur Arbeit!

Eine Bekanntmachung Seberings.

Münster, 9. April. Reichswehrkommissar Sebering und der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos 6, Generalleutnant von Watter, haben folgende Bekanntmachung erlassen:

Nach Mitteilung mehrerer Behörden haben Tausende von Arbeitern die vom Militär besetzten Orte des Industriegebietes verlassen, um sich ins bergische Land zu begeben. Sie begründen den Fortzug mit der Notwendigkeit, sich vor den Truppen schützen zu müssen. Hierzu muß erklärt werden: Die Truppe kommt zum Schutze aller Gutgesinnten, sie handelt nicht eigenmächtig. Sie wird jetzt nach dem Abschluß der eigentlichen Kämpfe mit den gesetzlichen Mitteln nur gegen diejenigen vorgehen, die für die Sicherheit und die eben hergestellte Ruhe und Ordnung eine Gefahr bedeuten. Die Regierung und alle ihre Organe, die Truppen und Polizei werden gegen die verantwortlichen Heher und gewissenlosen Führer einschreiten. Sie legen aber Wert darauf, daß Irregelmäßigkeiten oder falsche Unterrichtsarten aufgeklärt und zurückgenommen werden. Die Truppe kommt nicht als Rächerin, sie kommt lediglich, um Recht und Gesetz wieder Anerkennung zu verschaffen. Wer nach dieser Zeit der Unruhe aus ehrlicher Ueberzeugung seine Absicht, auf ungesetzlichem Wege etwas zu erreichen, aufgibt und sich zu seiner bisherigen Arbeitsstelle wieder begeben will, wird von der Truppe und Polizei in keiner Weise gehindert werden. Im Interesse der Volkswirtschaft und der Arbeiterschaft liegt es, daß die in das bergische Land Geflüchteten auf ihre Arbeitsstellen zurückkehren.

Die Bekanntmachung erklärt, nur die „verantwortlichen Heher und gewissenlosen Führer“ würden verfolgt werden. Angesichts der Ausschreitungen und Untaten, die in der letzten Woche im Ruhrgebiet vorgekommen sind, ist eine solche Verfolgung notwendig. Nur ist unbedingt darauf zu achten, daß diese Verfolgung den Zivilbehörden unter Kontrolle der verfassungstreuen Arbeiterschaft vorbehalten und das Militär dabei gänzlich ausgeschaltet bleibe. Auf keinen Fall darf sich die verbrecherische Schmach der Januar- und Apriltage in Berlin bzw. in München wiederholen, es darf kein neuer Fall Liebknecht, Luxemburg oder Landauer vorkommen.

Und vor allem: die Verfolgung der „verantwortlichen Führer und gewissenlosen Verbrecher“ muß auch insofern gerecht vor sich gehen, als die Härte des Gesetzes auch diejenigen treffen muß, die aus fastenmäßigen Eigennutz den ganzen unheilvollen, blutigen Wirrwarr der letzten Wochen verschuldet haben.

Duisburg, 9. April. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“) In Duisburg haben heute Verhandlungen wegen einer Neubildung der Standgerichte zwischen dem Zivilkommissar und dem Abschnittskommandeur von Wesel, General von Rabich, stattgefunden. Die Standgerichte, deren Verrücktheit leider nicht zu erreichen war, werden nach dem Verhandlungsergebnis in Zukunft sich zusammensetzen aus einem Offizier, einem Berufsrichter und einer von den Gewerkschaften zu ernennenden Persönlichkeit.

Wenn Gewerkschaftsvertreter wirklich bereit sein sollten, an inappetablen Urteilen mitzuwirken, so jedenfalls nur, um die Rechtsprechung nicht ausschließlich Offizieren und Berufsrichtern zu überlassen. Wenn aber die Beseitigung der Standgerichte „nicht zu erreichen“ war, so muß die Regierung sie aufheben.

Kein münsterisches Abkommen?

Essen, 9. April. (Frankf. Bzg.) Der Abg. Gilling teilte in einer Zentrumsvorlesung mit, daß Sebering ihm gegenüber auf das Bestimmteste erklärt habe, es bestehe kein münsterisches Abkommen; es habe sich am 31. März in Münster lediglich um unverbindliche Gespräche gehandelt.

Dr. S. Stern-Essen, Redakteur der unabhängigen „Volkswacht“ in Essen, teilt uns zu dem Artikel „Unabhängige und Reichswehr“ folgende Depesche aus Darmen: „Die Meinung, daß ich jemals um Einrücken von Regierungstruppen erlucht hätte, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Ich habe im Vorrücken der Truppen immer ein furchtbares Verbrechen an deutschen Volk gesehen.“ Wir müssen es unseren Gewährsmännern überlassen, sich hierzu zu äußern.

Rumänischer Militarismus.

Kinder als Hochverräter.

Bukarest, 9. April. Urg. Teleg. Korresp.-Bureau. Das rumänische Kriegsgericht begann am 20. März die Verhandlung im Hochverratsprozeß gegen den Jugendverband in Temesvar. Angeklagt sind 44 Personen, meist 16- bis 17-jährige Studenten. Die Anklage lautet auf Verschwörung gegen die innere Sicherheit des rumänischen Staates. Nach der Anklageschrift sollten die rumänischen Truppen in Temesvar in der Nacht vom 15. zum 16. Februar entwirrt werden. Die Unsinntigkeit der Anklage geht aus der Tatsache hervor, daß in den Jugendverband nur 17- bis 18-jährige Studenten aufgenommen wurden, die durchaus unfähig gewesen wären, die rumänische Garnison zu entwerfen. Die Angeklagten erklärten übereinstimmend, daß sie das Geständnis bei Genarmee und Untersuchungsrichter nur nach stückstücken geäußert hätten. Der Vorsitzende, ein rumänischer Oberst, bemerkte ironisch, ob der vielgepriesene Mut der Ungarn nur so weit reiche, daß sie sich durch Verhandlungen zu beliebigen Auslagen verleiten ließen. Auf die Entrüstung der Zuhörer schloß der Vorsitzende jeden, der es wage, sich über das Vorgehen der Rumänen abfällig zu äußern, vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Hölz.

Der Plauerer Holzjugendausschuss hatte sich gegen die Holzerei ausgesprochen, blieb aber in einigen Versammlungen in der Minderheit, trat ab und wurde durch einen Aktionsausschuss ersetzt, der eine rote Garde aufstellen will.

Die Dresdener Regierung will Reichswehr entsenden.

Die deutschen Schlachtschiffe Odenburg und Nassau, als Teil der noch auszuliefernden Kriegsschiffe an England, sind ausgeliefert worden.

Immer noch Unklarheit ist die Kreisliste in Luckau, wie uns eine Reihe von Briefumschlägen beweist. Der hohe „H.“ Bureaukrat ist ein Herr Zippert, der durch sein schroffes und anmaßendes Benehmen schon manchem Gehalts- und Rentenempfänger das Leben jauer gemacht hat.

Gewerkschaftsbewegung

Die Geldentwertung und die Gewerkschaften.

Die in den letzten anderthalb Jahren außerordentlich erstarrten Gewerkschaften leiden unter der Geldentwertung in ebenso starkem Maße wie der Haushalt des Arbeiters, Angestellten und Beamten. Wie die letzteren, so vermögen auch die Berufsorganisationen mit den bisher üblichen Mitgliederbeiträgen ihre Verpflichtungen gegenüber ihren Organisationsangehörigen nicht mehr zu erfüllen.

Nicht allein, da die Ausgaben für sämtliche zur Führung der Organisationsgeschäfte notwendigen Materialien, für die Gewerkschaftsblätter, die Fahrgehalte der Eisenbahn usw. enorm gestiegen sind, erscheinen auch die Unterhaltungsätze bei Streiks, Krankheitsfällen und Arbeitslosigkeit dringend eine wesentliche Erhöhung. Es geht nicht an, daß in einer Zeit, in der alle Gegenstände des täglichen Bedarfs um das Vielfache im Preise gestiegen sind, die Organisation ihren Mitgliedern im Bedarfsfälle mit den bisher üblichen Unterhaltungsätzen auszuwarten kann. Das liegt den Zweck der Unterhaltung, die Organisationsgenossen über Zeiten der Not hinwegzubringen, völlig verlernt.

Daneben darf eine jederzeit aktionsfähige Gewerkschaft die Sammlung eines erforderlichen Kampffonds nicht aus dem Auge verlieren. Infolge des ungeheuren Wachstums fast aller Berufsorganisationen ist der Vermögensanteil, pro Kopf der Mitglieder berechnet, sowie gegen früher geringer geworden. Er würde sich noch mehr verringern, wenn unsere Gewerkschaftsleitungen nicht das selbe Prinzip zur Anwendung brächten, welches in jedem Haushalt zur Anwendung kommen muß, nämlich die steigenden Ausgaben mit erhöhten Einnahmen in Einklang zu bringen. Eine beträchtliche Anzahl Gewerkschaften erheben bereits seit einiger Zeit erhöhte Mitgliederbeiträge, andere sind dabei, solche einzuführen.

Der lange Jahre Organisierte wird eine solche Beitragserhöhung als etwas Selbstverständliches betrachten, während der noch ungeschulte und erst kurze Zeit der Organisation angehörige Organisationsgenosse darüber murren, wenn nicht gar seinen Austritt aus derselben erklärt. Ihm ist es noch nicht klar, daß der Beitrag, den er der Organisation entrichtet, das Fundament darstellt, womit die Organisation seine und seiner Berufscollegen Lebenshaltung sichert und bei geeigneter Zeit verbessert. Wer daher an seiner wirtschaftlichen Sicherstellung sowie an der Verbesserung der Lage seiner gesamten Berufscollegen interessiert ist, muß die Gewerkschaft hochhalten, muß ihr aber auch die Mittel bewilligen, die sie benötigt, um ihre Aufgaben gegenüber der Gesamtheit erfüllen zu können.

Erhöhung des Beitrages im Gemeinde- und Staatsarbeiterverband.

Verbandsvorstand und Verbandsauschuh obiger Organisation unterbreiten einer vom 2. bis 8. Mai 1920 stattfindenden Urabstimmung folgende Neuregelung der Wochenbeiträge zur Beschlußfassung:

Der wöchentliche Beitrag beträgt für Mitglieder mit einem Wochenverdienst

bis einschließlich 30 M.	0,50 M.
60	0,80
90	1,20
über 90 M.	1,70

Die Unterhaltung soll bei einem Wochenbeitrag von 50 Pf. = 30 M., 80 Pf. = 30 M., 1,20 M. = 45 M., 1,70 M. = 60 M. pro Woche betragen. In dieser Unterhaltung erhält jedes Mitglied für jedes seiner Fürsorge unterstehende Kind unter 14 Jahren einen Zuschuß von 2 M. wöchentlich. Die gesamte Unterhaltung darf drei Viertel des zugehörigen Arbeitslohnes nicht übersteigen.

Tariffbewegung der Groß-Berliner kommunalen Hilfskräfte.

Die Angestelltenauschuhmitglieder der bei den Groß-Berliner Gemeinden beschäftigten Hilfskräfte hielten am gestrigen Freitag in der Trauerei Köpenick eine Vollversammlung ab, um zu den schwebenden Tarifverhandlungen Stellung zu nehmen. Den Bericht über den Stand der Verhandlungen erstattete Vorkert vom Zentralverband der Angestellten. Es wird kurzgefaßt über einen Montelltarif für die Hilfskräfte der Groß-Berliner Gemeinden und über einen Gehaltstarif der Hilfskräfte in Groß-Berlin verhandelt. Neben erhöhten festen Gehältern wird die Gewährung einer beweglichen Feuerungszulage verlangt, die in dem Tarifvertragsentwurf auf 350 M. für Verheiratete und 230 M. für alle ledigen Hilfskräfte pro Monat festgelegt ist. Diese Feuerungszulage soll alle Monate durch den Tarifausschuh nachgeprüft und, falls sich die Preise der Lebensmittel usw. um mehr als 5 Proz. erhöht haben, ebenfalls entsprechend erhöht werden. Da die Tarifverhandlungen mit dem Magistrat Berlin voraussichtlich kaum bis zu Ende dieses Monats erledigt sein werden, ist mit dem Berliner Magistrat ein Provisorium dahin vereinbart worden, daß ab 1. April die bisherige Feuerungszulage für Ledige über 18 Jahre um 90 M., die für Verheiratete um 125 M. und für jedes versorgungsberechtigte Kind um 10 M. pro Monat erhöht werde. In der lebhaften Aussprache wurde scharfe Kritik an den Sähen des Tarifvertragsentwurfs geübt, besonders von den Vertretern der Vororte, die höhere Gehaltsätze begehren. Nachdem Heinrich und Kühn namens der Tariffkommission für den Tarifvertragsentwurf eingetreten waren, wurde über die eingelaufenen Anträge abgestimmt. Es wurde ein Antrag angenommen, der verlangt, daß die im Tarifvertragsentwurf vorgesehenen Gehaltsätze um 400 M. pro Monat erhöht werden sollen. Weiter wurde beschlossen, daß Rußhieser des

Tarifvertrages nur Mitglieder der freigewerkschaftlichen Angestellten sein sollen. Annahme fand auch ein Antrag, wonach den Kriegsteilnehmern hinsichtlich des Gehaltes und des Urlaubes zwei Kriegsjahre angerechnet werden sollen. Abgelehnt dagegen wurde ein Antrag, den Ledigen dieselbe Feuerungszulage zuzubilligen wie den Verheirateten.

Wie wirkte die Technische Rothilfe.

Es ist allgemein bekannt, daß infolge des Eingreifens der Technischen Rothilfe aus Anlaß des letzten Generalstreiks ungeheure Werte vernichtet wurden. Das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß sich zur Verrichtung der Notstandsarbeiten zahlreiche Elemente bereit erklärt hatten, denen jede Fachkenntnis fehlte. Es blieb schließlich dem „Berliner Volksanzeiger“ vorbehalten, über das Wirken der Technischen Rothilfe im Gaswerk Schöneberg ein Loblied anzustimmen.

Durch das „tatkräftige“ Eingreifen der Technischen Rothilfe sollen Werte von ungeheuren Millionen gerettet und das Werk mit Hilfe von Studenten der Technischen Hochschule, Oberlehrern, Professoren, Ingenieuren, Kaufleuten, Beamten und sonstigen Vertretern des Bürgertums in Betrieb gehalten worden sein.

Aus den Kreisen der Belegschaft des Gaswerks Schöneberg wird uns hierzu mitgeteilt:

Bei der Arbeitsaufnahme fand die Arbeiterschaft das Werk in einem Zustande vor, der jeder Beschreibung spottet. Nicht Menschen, sondern Vandalen mühten im Werke ihr Unwesen getrieben haben. Es hätte nur noch weniger Tage des Wirkens der Technischen Rothilfe bedurft, um das ganze Werk für geraume Zeit betriebsunfähig zu machen. Sämtliche Unterfeuerungen der Oefen waren vollständig verschluckt und das Feuer im Verlöschen. Werkzeuge, wie Haken, Schlangen, Vorlegeisen usw., waren ausnahmslos verbrannt und verbogen. Brauchbares Handwerkszeug war nicht mehr vorzufinden. Ebenso wüßte wie im Offenhause sah es im Maschinenhause aus. Die Speiseräume der Arbeiter und die Kantinen starrten vor Schmutz. Im Umkleideraum fehlten verschiedene Gegenstände. Die Spinde der Arbeiter waren erbrochen. Zahlreiche Bekleidungsstücke fehlten. Auch der Kantinenwart hat durch den merkwürdigen Eigentumsbegriff der Technischen Rothilfe Schaden erlitten. Damit nicht genug. Im Werke selbst fehlten mehrere leberne Treibriemen und zahlreiches Werkzeug von beträchtlichem Werte. Dies aus dem Gaswerk Schöneberg.

In sämtlichen von der Technischen Rothilfe heimgesuchten Werken hat man das gleiche feststellen können. So geht uns aus dem Charlottenburger Gaswerk folgende Schilderung zu:

Das Gaswerk hat einen wüsten Anblick. Wände, Lische und Bänke waren bedünelt. Drei leberne Treibriemen (darunter ein Riemen von 26 Meter Länge und 19 Zentimeter Breite) waren beschwunden, zahlreiche Messingteile sind von der Technischen Rothilfe gestohlen worden. Im Umkleideraum der Arbeiter hat man zahlreiche Spinde aufgeschlagen und aus diesen Spinden Kleidungsstücke (Schuhe, Anzüge usw.) entwendet. Die unsachgemäße Behandlung der Oefen hat zu beträchtlichem Schaden geführt, so daß Reparaturarbeiten in großem Umfange notwendig waren.

Aus weiten Kreisen der Arbeiterschaft gehen die gleichen Klagen über die Technische Rothilfe hier ein. Das Sündenregister könnte noch um manchen Reize verlängert werden.

In den unterrichteten Kreisen gilt es als feststehend, daß die Technische Rothilfe bei dem Generalstreik verlor hat. Bei einem Andauern des Streiks hätte sich dies in kürzester Zeit bemerkbar gemacht.

Aus der Technischen Rothilfe ist eine — Lothilfe geworden.

Erwähnenswert erscheint uns aber noch die Tatsache, daß die „Vertreter des Bürgertums“ während ihrer Arbeitstätigkeit einen Stundenlohn von 8 M. neben freier Verköstigung erhielten. Die Arbeiterschaft erhält aber bei weitem niedrigere Löhne.

Diese Schilderungen aus Arbeiterkreisen beweisen mit aller Deutlichkeit, wie notwendig es ist, daß die Arbeiterschaft bei solchen arghen Ausständen die Notstandsarbeiten selbst ausführt. Sie dient dadurch nur ihrer eigenen Sache.

Verband des Post- und Telegraphenpersonals (Mitgliedschaft im Deutschen Transportarbeiter-Verband). Soldaten, Postkone, Annahmer, Postkone, Heilbetreuer, Post- und Telegraphenarbeiter, jugendliche Telegrammbediener und Reimendelfrauen vom gesamten Oberpostdirektionsbezirk Groß-Berlin. Sonntag, den 11. April, normittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 14/15 (großer Saal): Sektions-Mitglieder-Versammlung.

Parteinachrichten.

Die diesjährige Raifeftzeitung

wird auf gutem Papier mit vielen Bildern in Tiefdruck ausgeführt sein und ist von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, zu beziehen. Einzelverkaufspreis 50 Pf., für Organisationen und Händler 30 Pf. Die örtlichen und Bezirksorganisationen sowie Händler wollen bei der Buchhandlung direkt und umgehend bestellen, da die Auflage nur beschränkt und infolge der Papiernot ein Nachdruck unmöglich ist.

Zur Raifeftzeitung gibt der Zentralbildungsausschuh ein Programmheft heraus, das einen Vortraggrundriß für eine Festansprache vom Genossen Dr. Braun, außerdem vier Festprogramme für groß- und kleinstädtische Verhältnisse, eine Anzahl geeigneter Gedichte sowie Erläuterungen über Form und Organisation der Feier enthält. Das Heft ist gegen Voreinsendung von 1,10 M. (einschließlich Porto) durch den Zentralbildungsausschuh Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, zu beziehen.

Parteitag für den Freistaat Danzig.

In der letzten Woche fand in Danzig für den Freistaat Danzig ein Parteitag statt auf dem 40 Delegierte rund 8500 Mitglieder vertraten. Ueber die politische Lage nahm der Parteitag ein Referat des Genossen Jint entgegen. Die Genossen im Mutterlande wurden wegen der ihnen gelungenen Wiedererlangung des Rapp-Buttes beglückwünscht. Die Parteibeiträge wurden auf 40 Pf. für männliche und 25 Pf. für weibliche Mitglieder erhöht. Der 1. Mai soll auf jeden Fall durch böthige Arbeitsruhe beansprungen werden. Der Landesvorstand wurde beauftragt, bei den zuständigen Stellen auf Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag hinzuwirken.

werden. Der Landesvorstand wurde beauftragt, bei den zuständigen Stellen auf Erklärung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag hinzuwirken.

Die schweizerische Sozialdemokratie ist der dortigen Jugendorganisation zu geneigt. Sie hat ihren Austritt und ihren Anschluß an Rossau beschlossen.

Wirtschaft

Weitere Preissteigerung am Produktmarkt. Amlich notierte Preise der Berliner Produktendese am 9. April: Gafet für 1000 Kilogramm loco —, auf Abladung 3500—3800 M. ab Station. Tendenz weichend. Nichtamlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktorierbsen 350—400 M., gelbe und grüne Erbsen 250—300 M., Geluchsen 170—180 M., Pferdebohnen 170—180 M., Wicken 150 bis 160 M., Lupinen 82—85 M., Serabella 80—85 M., Wiesenheu, lose 44—46 M., Stroh, drabtgereht 22—24 M., gebündelt 18—20 M., Trockenhühner 80—91 M., Patent Steffen 108—110 M.

Fünzigjähriges Bestehen der Deutschen Bank.

Für das Emporkommen und die Stellung der Deutschen Bank im Wirtschaftslieben war es von Bedeutung, daß in ihr Statut die Pflege eines Sondergebiets aufgenommen wurde: Die Ueberzeugung, daß zur Förderung und Ausdehnung der deutschen überseeischen Beziehungen in Deutschland Banken entstehen mühten mit der Aufgabe, die durch den direkten überseeischen deutschen Warenverkehr bedingten Geldtransaktionen zu vermitteln und den deutschen Handels- und Industriezweig in dieser Beziehung unabhängig von Frankreich und England zu machen, führte im Anfang des Jahres 1889 zu dem Plan, zu diesem Zweck ein Bankinstitut ins Leben zu rufen.

Am 9. April 1870 wurde der Betrieb der Bank in einem kleinen gemieteten Lokal in der Französischen Straße eröffnet. Das gesteckte Ziel war schwer zu erreichen. Die Hindernisse bestanden in der übertragenden Vorherrschaft des englischen Geldmarktes, in der Zerplitterung der deutschen Währung und in dem Fehlen einer deutschen Bankvertretung in London. Da nach englischem Recht deutsche juristische Personen in England als solche nicht anerkannt wurden, sückte sich die Deutsche Bank eine starke Beteiligung bei einem von ihren Freunden errichteten selbständigen Institute in London, der German Bank of London Ltd.

Doch auch im Inlande selbst machte sich die Zerplitterung der deutschen Währung fördend geltend. Sollte das überseeische Geschäft mit Erfolg betrieben werden, so waren eigene Vertretungen der Bank an den Seehäfen erforderlich. Es wurde deshalb 1871 der Betrieb der Filiale in Bremen und zu Beginn des Jahres 1872 derjenige der Filiale in Hamburg eröffnet. Inzwischen hatte sich die Schwierigkeit der Einführung der deutschen Valuta auf den überseeischen Märkten dadurch verringert, daß mit Sicherheit mit der Annahme des Gesetzes gerechnet werden konnte, welches die deutsche Münzeinheit auf Basis der Goldwährung in Kraft setzen sollte. Die Bank hielt den Zeitpunkt für gekommen, die Eröffnung von Filialen in Schanghai und Yokohama vorzubereiten (1871). Die mit Ostasien arbeitenden kontinentalen Firmen gewannen so die Möglichkeit, ihre Geschäfte in deutscher Valuta abzumwickeln. Allein der Kreditverkehr im Remboursgeschäft begegnete der Schwierigkeit, daß die von Ostasien hergekommenen Forderungen infolge der Verlehrsverhältnisse meist eine Laufzeit von sechs Monaten hatten und in Deutschland nicht diskontiert werden konnten. Es mußte daher dieser Teil des Remboursgeschäfts über London geleitet werden.

Die Deutsche Bank hielt sich vom Gründungsgeschäft fern. Sie erhöhte aber ihr Interesse am Industriegebiet durch die Gründung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für angewandte Elektrizität in die allgemeinere Zwecke verfolgende „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ beteiligte.

Aus dem Zusammenwirken der Deutschen Bank mit der Siemens u. Halske A.-G. ist die für das Berliner Verkehrsweisen so bedeutame Unternehmung der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen im Jahre 1897 entstanden.

Die Zahl der Beamten und Angestellten vermehrte sich in folgender Weise:

1895	1 255	Beamte und Angestellte
1900	2 063	
1905	3 693	
1910	5 816	
1915	10 120	
1918	13 529	
jetzt	14 400	

Wie die Deutsche Bank mitteilt, wird an die Angestellten eine Jubiläumsgabe gezahlt in Höhe eines doppelten Monatsgehalts. Angestellte, die weniger als ein Jahr bei der Bank tätig sind, erhalten ein Monatsgehalt, Pensionäre und Pension beziehende Witwen und Waisen den Betrag einer Jahrespension bis zum Höchstbetrage von 6000 Mark.

Außerdem wird der nächsten Generalversammlung der Antrag unterbreitet werden, einen Jubiläumsfonds bis zur Höhe von 10 000 000 Mark anzusammeln, dessen Mittel dazu dienen sollen, Beamten, die mit Pensionsbezug in den Ruhestand treten und Witwen und Waisen von Beamten, denen künftige Pensionen bewilligt werden, Beihilfen zukommen zu lassen, um ihnen den Uebergang in die veränderten Verhältnisse wirtschaftlich zu erleichtern. Aus den Mitteln des Fonds sollen ferner in bestimmten Fällen Zuwendungen an noch tätige Beamte gemacht werden.

Zur Verwaltung des Jubiläumsfonds werden Mitglieder der Beamtenschaft hinzugezogen.

Verantw. für den reaktion. Teil: Walter Kähler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 2. Dieztes 1. Blatt.

Trauringe
 Aufatmgold 900 gef. 14 kar. Gold 585 gef. 8 kar. Gold 335 gef. von 60 M. per Stück (eins vorräthig am Lager).
Ankauf
 alles Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
 Grüner Weg 69.
 Telefon: Alexander 24 30.

Nutzeisen
Ankauf Verkauf
 Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
 Rittergustr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 616/647.
 Nutzeisenabteilung: 8389*
 Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kothuser Brücke.

Marengo
„die große Mode.“
 Marengo Sommer-Paletots Schiupferform, Sportform u. solide Formen 475.- 600.- 700.- M.
 „ Catways und Westen prima Ausführung 615.- 650.- 725.- M.
 „ Jacketts und Westen Diagonalgewebe 275.- 300.- 350.- M.
 „ Jacketts und Westen für junge Herren, Größe 40, 42, 44 275.- 290.- 315.- M.
 Gestreifte Hosen 42.- 70.- 125.- 185.- 215.- 220.- 300.- 400.- M. usw.
 Jackett-Anzüge neueste Formen 450.- 480.- 700.- 750.- M. usw.
BaerSohn
 Keine Filialen mehr
 Chausseestrasse 29-30

Möbel
 zu mäßigen Preisen
Bürgerliche Wohnangelegenheiten
 Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer in großer Auswahl
Singele Möbel
Farbige Küchen
Teilzahlung gestattet!
Beiser
 Lothringer Str. 67.
 Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern. Besuch löhrend.